



Wirtschaft und Militär... Zivile Friedensdienste und Feindesliebe



I. Beiträge zum Schwerpunktthema

- S. 5.....Die historischen und wirtschaftlichen Grundlagen der EU und ihr Verhältnis nach außen
- S. 11.....Das Debakel der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) im Militär- und Rüstungsbereich
- S. 17.....EKD-Friedensbeauftragter befürchtet durch PESCO weitere schleichende Militarisierung der EU
- S. 19.....Für Abrüstung und den Vorrang ziviler Konfliktverhütung in Europa
- S. 21.....Für eine neue Entspannungspolitik jetzt!
- S. 23.....Der Zivile Friedensdienst – volljährig, aber noch lange nicht ausgewachsen.
- S. 30.....„Liebet eure Feinde“ (Mt 5,44)

II. Berichte aus dem Diözesanverband

MELDUNGEN AUS DEM BÜRO

- S. 37.....Unsere „Fragen des Monats“ – hat es sich gelohnt?
- S. 39.....Wer Waffen exportiert, ist mitverantwortlich für Krieg
- S. 40.....Glosse

BERICHTE VON MITGLIEDERN

- S. 41.....Friedensgottesdienst in Recklinghausen
- S. 42.....Studientag der pax christi-Gruppen im Kreis Warendorf zum Thema „Nicht gleichgültig bleiben!“
- S. 46.....Gedenk- und Gebetsstunde am Vorabend des 27. Januar 2018 im Lüdinghauser St.-Antonius-Kloster
- S. 48.....Mahnwache der pax christi-Regionalgruppe Recklinghausen in Büchel
- S. 51.....Die Lagerung von US-Atombomben in Büchel ist völkerrechtswidrig
- S. 55.....Rezension: Philipp Geitzhaus/Julia Lis/Michael Ramminger (Hg.): Auf den Spuren einer Kirche der Armen: Zukunft und Orte befreienden Christentums
- S. 58.....Rezension: Henrik Paulitz: Kriegsmacht Deutschland? Informationen und Handlungsempfehlungen zu brandgefährlichen „Internationalen Erwartungen an Deutschland

III. Termine und Hinweise

- S. 61.....Termine und Ankündigungen

Liebe Friedensfreund*innen!

„Wirtschaft und Militär... Zivile Friedensdienste und Feindesliebe“ Der Titel macht es schon deutlich: Es ist ein spannungsgeladenes Heft. Die beiden großen miteinander verwickelten Machtblöcke von Wirtschaft und Militär bestimmen nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit die gesellschaftliche und politische Situation, teilen die Menschen in arm und reich, mächtig und ausgeliefert, wichtig und ausgegrenzt.

Demgegenüber stehen die scheinbar ohnmächtigen Einsätze der Zivilen Friedensdienste und das Ethos der Bergpredigt: die Feindesliebe. Diese beiden Strategien zielen auf eine gewaltfreie Lösung der Konflikte, entweder im Vorfeld von Konflikten, um ihren gewalttätigen Ausbruch zu vermeiden, oder um die menschliche, gesellschaftliche Bewältigung der Konfliktfolgen.

Johannes Jäger analysiert die Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa, die aber durch die Freihandelsabkommen mit ärmeren Ländern dort dazu beitragen, die eigenständige Indus-

trie-Entwicklung und die Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten zu behindern. Fabian Sieber schildert die vielgestaltige „Sicherheitsarchitektur“ in Europa, man kann auch sagen: das unausgewogene Durcheinander, das die Gefahr in sich trägt, irgendwo unkontrolliert loszubrechen.

Christoph Bongard schildert nicht nur die Intention der zivilen Friedensdienste und ihre mangelhafte Finanzierung, sondern zeigt an konkreten Beispielen, wie sinnvoll und effektiv sie sind und wie viel mehr sie vermöchten, wenn die Politik und die Gesellschaft sie mehr unterstützten. Ferdinand Kerstiens zeigt, dass die biblisch geforderte Feindesliebe als Entfeindungs- und Entfremdungsliebe keine fromme Illusion ist, sondern hilft, kleine und große Konflikte konkret zu überwinden und Frieden zu ermöglichen.

In diesem Spannungsfeld leben wir, in diesem Spannungsfeld arbeiten wir als pax christi. Die Gegenüberstellung der beiden Perspektiven zeigt die Wichtigkeit unseres Einsatzes und dient zugleich der Ermu-

tigung für weiteres Handeln. Dazu gibt es Erklärungen der verschiedenen Gruppierungen von pax christi und Berichte aus der Arbeit vor Ort.

Ein besonderer Hinweis in der Mitte des Heftes gilt der Beteiligung von pax christi am Katholikentag und dem „Katholikentag plus“ in Münster. Man kann das Pro-

gramm herausnehmen und mit nach Münster nehmen. Vielleicht sehen wir uns dann wieder mit vielen Friedensfreund*innen!

Mit solidarischen Grüßen
Daniel Hügel
Ferdinand Kerstiens
Stefan Leibold
Eberhard Ockel



Die historischen und wirtschaftlichen Grundlagen

der EU und ihr Verhältnis nach außen

Johannes Jäger

Oftmals wird die EU unkritisch als Wohlstands- und Friedensprojekt dargestellt. Ein politökonomischer Blick auf die tatsächlichen Entwicklungen in der EU zeigt jedoch ein anderes Bild. Die sich als Ergebnis der Krise noch weiter zugespitzte neoliberale Form der Wirtschaftsintegration in Europa hat vor allem für Lohnabhängige in Europa aber auch für Menschen in ärmeren Ländern negative Auswirkungen.

Ein Blick auf vorherrschende Erzählungen zur EU, wie sie sich etwa in Schulbüchern oder auch in der offiziellen Geschichtsschreibung der Europäischen Kommission finden, zeigt, dass es sich hierbei vor allem um wirtschaftsliberale Interpretationen handelt. Im Zentrum stehen die Vorstellungen von der EU als Grundlage für den Wohlstand in Europa. Die sogenannten „Vier Freiheiten“ (Warenverkehrsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Kapitalfreiheit und Freizügigkeit im Personenverkehr) werden meist als positiv dargestellt. Überdies werden die „Stufen der Integration“ von Freihandelsabkommen hin zu einer Wirtschafts- und Währungs-

union als natürliche Entwicklung dargestellt. Jede höhere Stufe der Integration wird als Fortschritt erachtet. Die vorherrschende Sichtweise auf die Europäische Integration, dass nämlich ein Mehr an Marktfreiheit stets besser sei, basiert allen voran auf der in den Wirtschaftswissenschaften heute dominanten Sichtweise der Neoklassik. Diese liberale Sichtweise geht grundsätzlich davon aus, dass freie Märkte effizient seien und zu einem Maximum an Wohlstand beitragen. Die zwischenstaatliche Liberalisierung von Märkten (Gütermarkt, Dienstleistungsmarkt, Kapitalmarkt und Arbeitsmarkt) wird daher als wohlfahrtssteigernd

erachtet. Es wird argumentiert, dass einheitliche Standards für diese Märkte die Transparenz und damit auch die Effizienz erhöhen könnten. Auch für die Interaktion mit Entwicklungsländern wird Freihandel als förderlich für diese erachtet. Tatsächlich war die Europäische Integration anfänglich von wirtschaftlichen Erfolgen begleitet. Die politische Antwort auf die Krise der 1970er und 1980er Jahre war jedoch eine weitere radikale Liberalisierung, die sich in der Schaffung des EU-Binnenmarkts ausdrückte. Die Folge war jedoch nicht – wie von wirtschaftsliberalen Ökonom*innen erwartet – eine Rückkehr hoher Wachstumsraten, sondern eine weitere Abschwächung des Wachstums. Einkommensungleichheit und Arbeitslosigkeit nahmen überdies tendenziell zu. Die Versprechen wirtschaftsliberaler Ökonom*innen haben sich also nicht erfüllt.

Eine kritische politökonomische Sicht auf die EU

Der oben skizzierten liberalen Sichtweise kann eine kritische politökonomische Perspektive auf die EU gegenübergestellt werden. Sie betrachtet die Wirtschaft nicht isoliert, sondern immer im Zusammenhang mit Gesellschaft und Politik. Ausgangspunkt bildet dabei die Vorstellung, dass Menschen

unterschiedliche wirtschaftliche und damit auch unterschiedliche politische Interessen haben. Vereinfachend stehen sich aus dieser Perspektive zwei Klassen gegenüber: Die eine Gruppe ist die große Masse an Lohnabhängigen, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind – sie produzieren Werte, erhalten jedoch nur einen Teil der von ihnen erbrachten Leistung als Lohn. Den Rest eignet sich eine andere Gruppe, nämlich die Kapitaleigentümer*innen in Form von Profiten an. Auseinandersetzungen zwischen diesen Klassen beziehungsweise Klassenfraktionen um die Organisation von Wirtschaft sind zentraler Untersuchungsbe reich der kritischen politischen Ökonomie.

Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie es bestimmten Klassen gelingt, ihre Interessen gegenüber anderen durchzusetzen. Das Ziel ist, nicht nur diese Zusammenhänge besser zu verstehen, sondern auch das Wissen zur Verbesserung der Situation der Lohnabhängigen allgemein, und der sozial und gesellschaftlich Schwächeren im Besonderen, zur Verfügung zu stellen. In kritisch politökonomischer Tradition wird der Integrationsprozess nicht als lineare Vertiefung wirtschaftlicher Verflechtungen auf europäischer Ebene verstanden. Vielmehr wird die spezifische Form

der EU-Integration als Ergebnis von Klassenstrategien und Klassenaus-einandersetzungen gesehen.

Fordistische Integration und Durchsetzung neoliberaler Integration

Die erste Phase der Integration von den 1950er Jahren bis Anfang der 1970er Jahre war durch hohes Wirtschaftswachstum und hohe Stabilität sowie eine Entwicklung hin zur Vollbeschäftigung gekennzeichnet. Aus politökonomischer Perspektive ist diese Entwicklung vor allem vor dem Hintergrund der Krise der 1930er Jahre und dem damit verbundenen Aufstieg der radikalen Rechten in Europa zu sehen, die schließlich zum Zweiten Weltkrieg führten. Die interne „Befriedung“ des Klassenkampfes in Form von faschistischen Regimen hatte die damit verbundenen verheerenden Konsequenzen deutlich vor Augen geführt. Diese Erfahrungen führten zu einer gewissen Kompromissbereitschaft der Kapitaleseite gegenüber den Arbeitnehmer*innen. Zugeständnisse in Form höherer Löhne und verbesserter sozialer Standards waren hierfür ein wichtiger Beitrag. Aus geopolitischer Perspektive ist die Teilung zwischen Ost- und Westeuropa als Ausdruck der globalen Systemkonkurrenz zwischen den kapitalistischen und

den planwirtschaftlichen Produktionsweisen als wichtige Determinante dieses Nachkriegsmodells hervorzuheben. Die USA als eine zentrale Siegermacht des Zweiten Weltkriegs war bestrebt, in Westeuropa funktionsfähige und für weite Teile der Arbeiter*innenschaft akzeptable kapitalistische Strukturen zu etablieren. Die Europäische Integration sollte dazu beitragen.

Die Auflösung des Bretton Woods Systems zu Beginn der 1970er Jahre führte zum Ende der Nachkriegsära. Der europäische Integrationsprozess, der bis zu jenem Zeitpunkt für die keynesianisch orientierte Wirtschaftspolitik einen wichtigen Rahmen bildete, wurde zunehmend unterminiert. Damals standen einander auf europäischer Ebene drei mögliche unterschiedliche Projekte gegenüber, und bis zu einem gewissen Grad war offen, welcher Weg der europäischen Integration eingeschlagen werden sollte. Die Gewerkschaften befürworteten ein sozialdemokratisches Europa, das im Wesentlichen auf eine Fortsetzung des früheren Integrationsmusters hinausgelaufen wäre. Dem standen ein neoliberales und ein neomerkantilistisches Projekt gegenüber. Diese beiden wurden vor allem von großen und exportorientierten Kapitalinteressen, wie zum Beispiel dem European Roundtable of Industrialists, favorisiert. Schlussendlich

setze sich in den 1980er Jahren eine neoliberale und neomerkantilistische Form der Integration durch. Der Klassenkompromiss war nun erodiert und hatte sich zu Gunsten der Kapitaleseite verschoben. Mit der Einführung des Binnenmarktes und dem Vertrag von Maastricht 1992 war die Neuausrichtung der europäischen Integration in ihrer neoliberalen Ausformung auch formal durchgesetzt.

Neoliberale Integration und ungleiche Entwicklungen

In den 1990er Jahren wurden dieser neoliberalen Logik folgend weitere Integrationsschritte unternommen. In Einklang damit wurde im Jahr 2000 im Rahmen der Lissabon-Agenda festgelegt, dass Europa zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt aufsteigen sollte. Der neoliberalen Logik folgend sollten Deregulierung (vor allem auch der Arbeitsmärkte) und noch mehr Wettbewerb dazu beitragen. Die Konsequenz war eine sehr verhaltene Entwicklung der Löhne und eine entsprechende Umverteilung von Arbeit zu Kapital. In Deutschland waren die Löhne in realen Werten nicht zuletzt auch aufgrund der Agenda 2010 und der Hartz-Reformen sogar lange Zeit rückläufig. Schwache Lohnsteigerungen ziehen üblicherweise ein Nachfragepro-

blem und Stagnation nach sich. Dies konnte jedoch verhindert werden. Es stellte sich heraus, dass insbesondere die neoliberale institutionelle Struktur des Euro dafür funktional war: Sie ermöglichte es, dass Exportüberschüsse aus dem Zentrum der EU in die europäische Peripherie kanalisiert werden konnten. Die fehlende Nachfrage in Deutschland und anderen Ländern, beispielsweise Österreich, wurde über gesteigerte Exporte kompensiert, während in der Peripherie der EU vor allem steigende Verschuldung (teilweise privat, teilweise öffentlich) für Nachfrage sorgte. So konnten wirtschaftliche Probleme, die von der Schieflage der Verteilung zu Ungunsten der Lohnabhängigen verursacht worden waren, zumindest für eine gewisse Zeit hinausgeschoben werden.

Radikalisierung des Neoliberalismus in der Krise

Deutschland war das erste Land, das von der Krise erfasst worden war, da die Exporte in die USA und in der Folge in andere Länder einbrachen. Mit etwas Verzögerung wurden keynesianische Maßnahmen (beispielsweise die „Abwrackprämie“) ergriffen, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Auch wurden Banken in hohem Ausmaß gerettet und damit Verluste des Finanzsektors soziali-

siert. Die Krise in weiten Teilen der europäischen Peripherie war vor allem darauf zurückzuführen, dass die Kapitalflüsse aus den exportorientierten Ländern einbrachen und sich in Kapitalabflüsse wandelten, ausgelöst durch Finanzmarktspekulationen. Diese waren vor allem deshalb so desaströs, weil die neoliberale institutionelle Struktur der Europäischen Zentralbank nicht vorsah, dass diese als „Lender of Last Resort“ („Kreditgeber letzter Instanz“) für betroffene Euro-Mitgliedsländer agieren würde. Um den völligen Kollaps der Währungsunion zu verhindern, wurden auf europäischer Ebene sogenannte Rettungsschirme und ähnliche Maßnahmen entworfen. Diese kamen jedoch nicht den Ländern an der Peripherie zugute, sondern dienten vor allem dazu, Interessen von Banken und anderen Gläubiger*innen aus den Zentrumsstaaten zu bedienen. Die Kosten dafür wurden auf die Länder der europäischen Peripherie geschoben. Diese wurden gezwungen, staatliche Ausgabenkürzungen vorzunehmen. Ebenso wurden Arbeitsmärkte liberalisiert und entsprechend Löhne und Sozialleistungen drastisch reduziert. Diese Form des Umgangs mit der europäischen Peripherie wurde dann im Zuge der Krise auf EU-Ebene institutionalisiert. Aus Ad-hoc-Maßnahmen wurden neue, noch stärker neoliberal ausgerichtete Regeln auf eu-

ropäischer Ebene. Diese gelten nun dauerhaft und haben aufgrund der damit einhergehenden weiteren Entdemokratisierung der Entscheidungsprozesse autoritäre Züge. So wurde die Krise zugunsten von Kapital vor allem im Zentrum der EU und auf Kosten der Lohnabhängigen generell und insbesondere in der Peripherie „gelöst“.

Dieser Umgang mit der Krise hat auch Auswirkungen auf das Verhältnis Europas nach außen. Wie schon in der Vergangenheit wurde versucht, interne Probleme durch Expansion nach außen abzuschwächen. Europäische und vor allem deutsche Unternehmen haben nicht nur versucht, über Exporte außerhalb des EU-Raumes, sondern auch über den Aufbau von Standorten im Rest der Welt Profite zu sichern. Diese auf Expansion ausgelegten Strategien wurden über die Ebene der EU flankiert. Wesentlich dafür waren die zahlreichen bilateralen Handels- und Investitionsabkommen, die die EU vor allem mit Schwellen- und Entwicklungsländern geschlossen hat. Damit sollten neue Märkte erschlossen bzw. gesichert werden. Es zeigt sich, dass diese Expansionsstrategien in der Krise noch verschärft wurden. Derartige Abkommen, wie etwa die Economic Partnership Agreements – EPA, erschweren jedoch eigenständige Industriepolitiken

dieser Länder sowie die Erhaltung bzw. Erreichung von Nahrungssouveränität. Gleichzeitig wird im Zuge der EU-Rohstoffpolitik versucht, den Zugriff auf die Ressourcen dieser Länder zu sichern, womit extraktive Entwicklungen festgeschrieben werden. Insgesamt ist es daher fraglich, inwieweit durch solche EU-Politiken Entwicklung in ärmeren Ländern gefördert wird. Vielmehr werden potenziell Ungleichheit, Armut und daraus folgende Konflikte geschürt.

Schlussfolgerungen

Eine politökonomische Perspektive auf die EU zeigt deutlich, dass die Europäische Integration keinen linearen Prozess darstellt. Vielmehr ist ihre Entwicklung umkämpft. Anstatt das grundlegende Verteilungsproblem zwischen Arbeit und Kapital anzugehen und nachhaltige Strukturen für die Entwicklung in

der europäischen Peripherie zu schaffen, kam es zu einer Radikalisierung der neoliberalen Form der Integration der EU mit negativen Konsequenzen, insbesondere auch für ärmere Länder in und außerhalb der EU. Dies ist eine Folge der Schwäche der Lohnabhängigen gegenüber dem Kapital auf europäischer Ebene sowie der nationalen Fragmentierung der Arbeiter*innenschaft in Europa, der es bisher nicht gelungen ist, ein soziales Europa durchzusetzen. Die Zukunft der europäischen Integration bleibt jedoch weiterhin umkämpft. Nicht zuletzt geht es dabei auch darum, der herrschenden neoliberalen Interpretation der Europäischen Integrationsgeschichte sowie den rechten Kritiken eine progressive, politökonomisch fundierte Sichtweise gegenüberzustellen.

Dieser Text basiert zu wesentlichen Teilen auf dem Beitrag von Johannes Jäger „Zur Geschichte der Europäischen Integration: Eine politökonomische Perspektive“ in: Attac (2018 Hg.): Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist. Wien. Mandelbaum, 16-29. Weitere Literaturangaben zum Text erhalten Sie gerne bei uns auf Anfrage.

Johannes Jäger ist Fachhochschulprofessor an der FH des BFI Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind die politische Ökonomie Europas und Lateinamerikas.

Das Debakel der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ)

im Militär- und Rüstungsbereich

Fabian Sieber

*Am 13. November 2017 verabschiedeten die Minister*innen von 23 der 28 EU-Mitgliedsstaaten eine Mitteilung über die Einrichtung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) im Verteidigungsbereich. Inzwischen nehmen 25 EU-Mitgliedsstaaten an der Initiative teil – außen vor blieben nur Dänemark, Malta und das Vereinigte Königreich – und es steht die Frage im Raum: was passiert da eigentlich?*

Worum es geht

Diese an sich banale Frage lässt sich gar nicht so leicht beantworten. Fest steht: Mit dem Wandel von der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP; Maastricht), zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, (ESVP; Lissabon), haben sich die Vorzeichen, unter denen die gemeinsame Außenpolitik betrieben wird, verändert. Wenn es im Rahmen der GSVP um eine Koordinierung und wechselseitige Abstimmung der Interessen geht, so ist heute

eine Integration der vorhandenen Fähigkeiten und Ressourcen das Ziel. Dies steht nicht primär unter militärischen Vorzeichen, sondern beinhaltet z.B. auch den Aufbau eines gemeinsamen Diplomatischen Dienstes.

Daneben gibt es jedoch starke militärische, bzw. rüstungs- und sicherheitspolitische Implikationen: In Art. 42 Abs.6 des Vertrags über die Europäische Union werden jene Mitgliedsländer angesprochen, die militärisch hochgerüstet sind und deshalb über „anspruchsvolle“

militärische Fähigkeiten verfügen. Um künftig auch in Kriegen mit hohem Gewaltpotential agieren zu können, sollen diese Länder ihre militärischen Fähigkeiten aufeinander abstimmen. Ziel ist es dabei nicht, die Armeen der Mitgliedsländer soweit zu vereinheitlichen, dass diese miteinander operieren und z.B. gemeinsam Auslandseinsätze bestreiten können. Über diese Fähigkeiten verfügen die Armeen der EU-Mitgliedsstaaten nämlich bereits, da dies ein wesentliches Element der NATO-Kooperation darstellt. Das Ziel der militärischen Kooperation unter den Vorzeichen der ESVP ist deshalb nicht, die Fähigkeit zur Interoperabilität der nationalen Armeen herzustellen, sondern die Integration der verschiedenen Armeen. Das Ergebnis wird dabei (noch) keine EU-Armee sein, aber Armeen in nationaler Verantwortung, die so stark aufeinander angewiesen sind, dass sie nur noch miteinander agieren können. Zu beachten ist darüber hinaus auch, dass eine solche Integration nur möglich ist, wenn bereits Entwicklung und Beschaffung von Waffen vereinheitlicht werden, was eine gemeinsame Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern und damit eine gemeinsame Rüstungsindustrie notwendig macht.

In Anbetracht der Tragweite der durch die Ständige Strukturierte

Zusammenarbeit (SSZ) eröffneten Möglichkeiten überrascht es, wie ergebnisoffen das Projekt im Vertrag von Lissabon formuliert ist. Der Vertrag selbst macht über die konkreten Inhalte der SSZ keine Aussagen und betont lediglich, dass es die Möglichkeit zu einer solchen Kooperation gibt. Fast scheint es, als wäre der Vertrag mehr daran interessiert, zu bestimmen, was die SSZ alles nicht ist, als dass er versuchen würde, sie inhaltlich zu bestimmen:

- Der Vertrag eröffnet eine Möglichkeit. Ob die Mitgliedsstaaten der EU die SSZ einrichten wollen, bleibt ihnen genauso überlassen, wie die konkrete inhaltliche Ausgestaltung.
- Selbst wenn die SSZ eingerichtet werden sollte, kann kein Mitgliedsland zu einer Teilnahme verpflichtet werden. Dementsprechend beschreibt der Vertrag in Art.46 nicht nur die Regeln, durch die ein nachträglicher Beitritt eines Mitgliedsstaates zur SSZ herbeigeführt werden kann, sondern auch, wie ein Austritt erfolgt.
- Die SSZ stellt keine Sonderform der Kooperation, wie etwa die „Verstärkte Zusammenarbeit“ nach Art. 20 des Vertrags über die Europäische Union dar. Durch die SSZ wird deshalb

kein ‚Kerneuropa‘ geschaffen, sondern die Länder, die entsprechend miteinander kooperieren, bleiben dabei integraler Bestandteil des Systems der ESVP.

- Die SSZ steht deshalb in keinem Gegensatz zum Bestreben der EU, militärische Kapazitäten aufzubauen, bzw. zu stärken. Genauso wenig, wie es diese Bestrebungen ersetzt. Die SSZ ergänzt die ESVP in nicht konkretisierten Teilbereichen.
- Ohne dass der Vertrag dies ausdrücklich betont, steht die SSZ deshalb auch in keinem Gegensatz zur NATO und ihren Strukturen, sondern ergänzt diese gleichfalls.

Unklare Situation

Leider trägt die Beteuerung, dass die SSZ in keinem Gegensatz zu anderen etablierten Strukturen der militärischen Kooperation stehen soll, nur bedingt zur Klärung bei, wie die durch den Vertrag eröffnete rechtliche Möglichkeit politisch zu bewerten ist. Oder anders ausgedrückt: das Problem besteht nicht darin, dass es die SSZ gibt, sondern dass niemand weiß, was sie eigentlich beinhaltet und wer die Kooperation demokratisch legitimiert und kontrolliert. Auf diese Weise,

so steht zu befürchten, wird die SSZ einen weiteren Baustein in die Sicherheitsarchitektur der EU einfügen, ohne am Erscheinungsbild dieser Konstruktion etwas zu ändern: Der Verteidigungsbereich in Europa ist derzeit von einer Vielzahl unterschiedlicher Systeme, Institutionen, Initiativen und Organisationen geprägt. Das so genannte System der „kollektiven Sicherheit“ ähnelt dadurch eher einem Flickenteppich teils konkurrierender Mechanismen, als einem einheitlichen und transparenten System. Dies gilt insbesondere und vor allem für den Bereich der ESVP, der eben kein System kollektiver Sicherheit darstellt, sondern ein Kampffeld nationaler Eigeninteressen. Deutschland ist, auch dank seiner stark entwickelten Rüstungsindustrie, natürlich ein Akteur in diesem Gerangel. Die rüstungsindustriellen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen der vergangenen Monate und Jahre zeigen jedoch, dass die deutsche Sicherheitspolitik keiner einheitlichen Linie folgt, sondern sich selbst im Wirrwarr der verschiedenen Initiativen zur ESVP verheddert hat.

Testfall: Rüstungskoperationen

Dies zeigt etwa die Fusion des deutschen Panzerherstellers Krauss-Maffei Wegmann (KMW) mit sei-

nem französischen Rivalen Nexter Defence Systems: Die am 1. Juli 2014 geschlossene Grundsatzklärung, der zufolge eine Fusion der beiden Unternehmen angestrebt werde, sorgte für Aufsehen. Erst ein Jahr später, am 29. Juli 2015, erfolgte dann die Gründung der KANT Holding, in der beide Unternehmen als gleichberechtigte Partner zusammenarbeiten wollten. Die eigentliche Unternehmensgründung fand dann am 15. Dezember 2015 durch Gründung der Aktiengesellschaft Honosthor in Amsterdam statt. - Schon dieser letzte Akt der Fusion wurde in relativem Stillschweigen vollzogen. Vielleicht war diese Zurückhaltung nicht allein des ethisch fragwürdigen Geschäftsfeldes der neuen Firma geschuldet, sondern auch der politisch komplexen Situation, in der sich das neu geschaffene Unternehmen bewegt. Abgesehen von der Ankündigung, dass Honosthor einen neuen Kampfpanzer für die deutsche und für die französische Armee entwickeln soll, bleiben auch nach der Unternehmensgründung alle wesentlichen Fragen ungeklärt. Offen ist insbesondere die Frage, welchen Einfluss die deutsche, bzw. französische Regierung auf die Unternehmenspolitik nehmen sollen und nehmen dürfen. Im Hintergrund steht dabei das Problem, dass die französische Nexter Defence System ein Staatsunternehmen

ist, während KMW bis heute als ein privatwirtschaftlich organisiertes Familienunternehmen agiert. So hat die „Fusion“ von KMW und Nexter der europäischen Integration keinen „Schub“ verliehen, sondern weit mehr auf die Schwierigkeiten der Kooperation hingewiesen. Und bis heute ist die Fusion nicht vollzogen, insofern beide Unternehmen nach wie vor auch als eigenständige Einheiten mit ihrer je eigenen Betriebskultur auftreten. Zu welchem Abschluss die geplante Fusion gebracht werden wird, ist derzeit noch unklar. Möglich ist dabei natürlich eine Einigung zwischen der deutschen und der französischen Regierung, an deren Ende ein tatsächliches Gemeinschaftsunternehmen steht, das einen gemeinsamen deutsch-französischen Markt für Rüstungsgüter bedient. Möglich ist aber auch, dass die Gründung von Honosthor am Ende nicht mehr bedeutet, als die Schaffung eines Joint-Ventures zur Entwicklung eines neuen Kampfpanzers, dessen technische Spezifikationen gleichfalls noch Gegenstand von Diskussionen sind.

Testfall: Militärische Integration

Hinzu kommt, dass die deutsch-französischen Rüstungsindustrien zwar im Bereich Panzerbau

eventuell kooperieren möchten, gleichzeitig bleiben jedoch andere Bereiche der Rüstungsproduktion nach wie vor ein Feld, in dem Konkurrenz gepflegt wird. Dies betrifft insbesondere den Bereich des Marineschiffbaus: nachdem ein Großauftrag zum Bau von 12 U-Booten für Australien Ende 2016 an die französische DCNS vergeben wurde, machte sich der deutsche U-Boot-Bauer Thyssen Krupp auf die Suche nach Kooperationspartnern, und am 31. Oktober 2017 gründete das Unternehmen gemeinsam mit dem norwegischen Rüstungshersteller Kongsberg ein Joint Venture mit Namen KTA Naval Systems. Während die deutsche Werft für Weiterentwicklung und Bau neuer U-Boote verantwortlich zeichnet, sollen die norwegischen Kooperationspartner das Marineleitsystem und neue Torpedos entwickeln. - Stellt man in Rechnung, dass Norwegen zwar NATO-Partner, aber kein EU-Mitglied ist, kann diese Rüstungskooperation kaum als Beispiel einer gelungenen europäischen Integration gelten.

Dies gilt insbesondere, da das Joint Venture in ein Kooperationsabkommen der deutschen und norwegischen Marine eingebunden ist, in dem sich die beiden Staaten nicht nur zur Nutzung der vereinbarten Waffen verpflichten, sondern auch die Ausbildung zu vergemeinschaften. Deutschland und Norwegen

praktizieren damit etwas, das aus Perspektive der EU eigentlich den Teilnehmern der SSZ vorbehalten sein sollte. Das Kooperationsabkommen mit Norwegen signalisiert jedoch, dass militärische Integration aus deutscher Perspektive nicht auf den Bereich der EU beschränkt ist.

Fazit

Die SSZ erscheint unter diesen Umständen als ein Baustein in der vielgestaltigen Sicherheitsarchitektur der EU. Sie stellt einen Impuls zur Intensivierung der militärischen Kooperation dar, wobei derzeit noch nicht ersichtlich ist, inwiefern die verschiedenen Initiativen und Instrumente, die es in diesem Rahmen bereits jetzt gibt, dadurch vereinheitlicht werden. Letzteres wäre fast wünschenswert, da nur so eine demokratische Kontrolle der „Verteidigungsunion“ stattfinden kann. Momentan ist nicht geklärt, welche bi-, trans- und multinationalen Abkommen es im Rüstungs- und Militärbereich gibt, in welchem Verhältnis sie zueinander stehen, wie die Interessen von Industrie und Politik gewichtet werden und wer am Ende eigentlich entscheidet, in welche Richtung sich die EU entwickeln soll.

Die SSZ, wie sie im November/Dezember 2017 eingerichtet wor-

den ist, trägt nicht zur Entwirrung dieses Knotens bei, sondern fügt eine neue Masche hinzu, durch die der Flickenteppich der ESVP noch einmal erweitert wird. Darin liegt das Problem – und der Skandal – der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit. Renke Brahms

Zeitleiste

- 13. Dezember 2007: Der Vertrag von Lissabon wird unterzeichnet
- 1. Dezember 2009: Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft
- 14. November 2016: Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten fordert, dass die Mitgliedsländer die Möglichkeiten für die Einrichtung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit prüfen sollen.
- 30. November 2016: Die Europäische Kommission begrüßt die Forderung einer etwaigen SSZ.
- 22. Juni 2017: Der Europa Rat fordert die Einsetzung der SSZ.
- 19. Oktober 2017: Der Europa Rat fordert die Mitgliedsländer auf ihr konkretes Interesse für eine Teilnahme an der SSZ zu signalisieren.
- 13. November 2017: Die MinisterInnen von 23 Mitgliedsländern der EU verabschieden eine Mitteilung an den Europa Rat, mit der sie die Einrichtung der SSZ beantragen.
- 11. Dezember 2017: Der Europa Rat beschließt die Einrichtung der SSZ mit jetzt 25 EU-Mitgliedsstaaten. Nicht dabei sind Dänemark, Malta und das Vereinigte Königreich.

Fabian Sieber ist Mitglied der Kommission Rüstungsexport von pax christi und Herausgeber des Newsletters des „Deutschen Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen“ (DAKS).

Mehr Informationen über das Wirken der deutschen Rüstungsindustrie sind den Berichten und Stellungnahmen der Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zu entnehmen: <http://www3.gkke.org/>.

Rüstungsexporte in alle Welt dokumentiert das RüstungsInformationsBüro Freiburg: <http://www.rib-ev.de/>. Hier werden - im Rahmen der Möglichkeiten - auch Rechercheanfragen entgegengenommen und bearbeitet.

Für Aktionsideen und Referent*innenanfragen steht die Kommission Rüstungsexport von pax christi zur Verfügung.

EKD-Friedensbeauftragter befürchtet durch PESCO weitere schleichende Militarisierung der EU

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

Der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms, hat erneut die zunehmende Militarisierung der Europäischen Union kritisiert. Anlass ist der Beginn der Notifizierung von EU-Staaten beim Treffen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel im Dezember 2017, die sich an der Permanenten strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) beteiligen wollen.

„Ich befürchte hier eine zunehmende Militarisierung der EU“, meint dazu Renke Brahms. Statt militärische Investitionen und den Aufbau von entsprechenden Kapazitäten in der EU zu bündeln, wie es mit PESCO geplant sei, solle die EU besser der zivilen Konfliktbearbeitung den klaren Vorrang einräumen und sich dabei an der Vorbeugung einer Gewalteskalation und der Beseitigung von Konfliktsachen orientieren, betont der EKD-Friedensbeauftragte, der auch der Leitende Geistliche der Bremischen Evangelischen Kirche ist.

Nach Angaben der Bundesregierung soll diese ständig strukturierte Zusammenarbeit für Sicherheit und Verteidigung militärische Vorhaben verbindlicher als bisher umsetzen. Dabei sollen alle an PESCO teilnehmenden Staaten der Europäischen Verteidigungs-Agentur EDA (European Defence Agency) ihre Kapazitäten und Fähigkeiten melden, die dann im Rahmen der neuen Verteidigungskooperation zusammengeführt werden. Nach Angaben der Bundesregierung sollen so Kräfte gebündelt, Fähigkeiten ergänzt und Rüstungsausgaben

durch Kooperationen effektiver eingesetzt werden. Medienberichten zufolge gibt es für die teilnehmenden EU-Mitgliedsstaaten aber auch die Verpflichtung, regelmäßig den Verteidigungshaushalt real zu erhöhen.

„Ich empfinde diese Entwicklung, die wir seit einiger Zeit erleben, als sehr bedenklich“, mahnt der EKD-Friedensbeauftragte. Es seien immer deutlichere Zeichen einer schleichenden Militarisierung der Europäischen Union erkennbar. „Die militärische Verwendung von EU-Entwicklungshilfemitteln, die Pläne für einen EU-Rüstungsfonds, die Vorschläge für eine finanzielle Unterstützung der europäischen Rüstungsindustrie, die Forderungen nach einer EU-Armee sowie die Überlegungen für einen EU-Verteidigungshaushalt, und nun die permanente Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik, das läuft auf eine deutliche Veränderung der EU hinaus“, warnt Renke Brahm.

Und dies alles geschehe, ohne dass diese Fragen öffentlich diskutiert würden, kritisiert der EKD-Friedensbeauftragte.

Dabei sei die EU doch eigentlich über Jahrzehnte als Friedensmacht ein Vorbild für andere Staaten oder Staatenorganisationen gewesen. „Die EU hat sich dadurch ausgezeichnet, dass sie gerade nicht auf militärische Stärke, sondern auf zivile Mittel, eine zivile Konfliktverhütung und eine Friedenskonsolidierung durch die Unterstützung von Mediation, Dialog, Versöhnungsarbeit, zivilgesellschaftlicher Initiativen und die Stabilisierung demokratischer Staatsorgane sowie die Stärkung rechtsstaatlicher Ansätze in der Terror-Bekämpfung gesetzt hat. Es wäre besser, die EU würde diese zivilen Instrumente weiter ausbauen und nicht den Aufbau einer militärischen Komponente forcieren“, fordert der EKD-Friedensbeauftragte.

Quelle: <http://www.evangelische-friedensarbeit.de/artikel/2017/ekd-friedensbeauftragter-befuerchtet-durch-pesco-weitere-schleichende-militarisierung>

Für Abrüstung und den Vorrang ziviler Konfliktverhütung in Europa

Norbert Fabian
Christof Grosse

Die pax christi-Kommission Friedenspolitik unterstützt die Stellungnahme des EKD-Friedensbeauftragten Renke Brahm zu PESCO mit einer eigenen Erklärung. Statt der „Stärkung der Europäischen Verteidigung“ fordert die Kommission Abrüstung und den Vorrang ziviler Konfliktverhütung in Europa. Die Kommission sieht die Forcierung der PESCO nicht zuletzt als Versuch der Wahrung strategischer Interessen der EU gegenüber Russland, und schlägt den Paradigmenwechsel zu einer Rückkehr zur Konzeption einer Weltinnenpolitik im Sinne Michael Gorbatschows vor.

Die pax christi-Kommission Friedenspolitik protestiert dagegen, dass die verstärkte EU-Kooperation in der Verteidigungspolitik (PESCO) zum Vorwand genommen werden soll, Rüstungs- und Verteidigungsausgaben erheblich zu erhöhen. Eine solche Militarisierung der EU und ihrer Politik lehnen wir entschieden ab. Wir treten ein für eine schrittweise Abrüstung nationalen Militärs in Europa. Die Ausgaben für Rüstung und Verteidigung in vielen Mitgliedstaaten der EU sind im internationalen Vergleich völlig überhöht. Bei der Beschaffung von Militär- und Rüstungsgütern gras-

sieren zudem eine weitreichende Verschwendung und Korruption, wie eine Vielzahl von Skandalen belegen.

Die EU hat sich über Jahrzehnte als ‚Friedensmacht‘ und damit als Vorbild für andere Staaten und Staatenorganisationen verstanden. Vor allem hierfür ist sie mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Deshalb fordern wir eine starke Erhöhung der Mittel für zivile Konfliktverhütung und -bearbeitung, für Friedenskonsolidierung, für Konflikt- und Friedensforschung, für Friedensbildung

und für Friedensdiplomatie. Nur so kann Gewalteskalation vorgebeugt, können Konfliktursachen beseitigt und kann die EU ihrem Anspruch, ‚Friedensmacht‘ zu sein, gerechter werden. Hierfür sehen wir vor allem das EU-Parlament in der Pflicht und fordern namentlich die Rücknahme der von ihm beschlossenen Ausweitung des sog. Stabilitätsinstruments, des ausdrücklich nur zivilen sicherheitspolitischen Programms der EU, auf militärische Komponenten.

Wir sehen die geplante verstärkte EU-Kooperation in der Vertei-

digungspolitik nicht zuletzt als Versuch der Wahrung der eigenen strategischen Interessen gegenüber Russland. Wahrung der eigenen strategischen Interessen gilt noch immer als ‚gute Politik‘. Als anderes Paradigma fordern wir hier eine neue Weltinnenpolitik mit Rücksichtnahme auf die Interessen möglicher Gegner, letztlich die ‚goldene Regel‘ in der Außenpolitik. Im Fall Russlands bedeutet eine solche Rückkehr zu Gorbatschows Konzeption der Weltinnenpolitik bzw. des einen Hauses Europa eine Erneuerung der Entspannungspolitik.

Für eine neue Entspannungspolitik jetzt!

pax christi Diözesanverband Münster

Immer mehr setzen die NATO und Russland auf Abschreckung durch Aufrüstung und Drohungen gegeneinander statt auf gemeinsame Sicherheit durch vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und Prominenten fordert der pax christi Diözesanverband Münster eine neue Friedens- und Entspannungspolitik. Lesen Sie dazu unsere Pressemitteilung vom 14.11.2017.

Die Nato baut zur Abschreckung gegenüber Russland neue Hauptquartiere auf, so ist in der Zeitung zu lesen. Tausende Soldaten wurden bereits in Polen und in den baltischen Ländern stationiert. An der Aufrüstung muss sich auch Deutschland beteiligen. Von der EU und der privaten Wirtschaft erwartet die Nato ebenfalls Investitionen – in eine Infrastruktur, die der besseren Mobilität des Militärs dienen soll.

All dies sind Summen, die in der Armutsbekämpfung und in so wichtigen Haushalten wie Soziales und Bildung fehlen werden.

Aufrüstung wird immer mit der Aggressivität der anderen Seite be-

gründet. Man müsse sich einer neuen Gefahrenlage anpassen, heißt es, man müsse reagieren. Doch was Aktion und was Reaktion ist, hängt auch von der Perspektive ab. Deeskalation sieht anders aus als das, was die Nato jetzt vorantreibt.

Wenn es Spannungen gibt, ist Entspannungspolitik gefragt, nicht Aufrüstung! Deshalb fordert pax christi, gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und Prominenten: „Die Spirale der Gewalt beenden – für eine neue Friedens- und Entspannungspolitik jetzt!“ Wir unterstützen den entsprechenden internationalen Aufruf, denn ohne eine Verständigung und Zusammenarbeit mit Russland drohen weitere Konfrontationen und ein neuer



Kalter Krieg. Durch Zusammenarbeit aller Staaten „von Vancouver bis Wladiwostok“ könnte hingegen eine Zone gesamteuropäischer gemeinsamer Sicherheit geschaffen werden – zum Wohle aller.

Deshalb ruft pax christi mit der Kooperation für den Frieden auch zur Teilnahme an den Demonstrationen auf, die bundesweit am 18. November stattfinden werden.

*Veronika Hüning, im Namen des Diözesanvorstandes pax christi Münster;
Daniel Kim Hügel, Friedensreferent*

Der internationale Aufruf ist zu finden unter:
<http://neue-entspannungspolitik.berlin/aufruf/>



Der Zivile Friedensdienst – volljährig, aber noch lange nicht ausgewachsen.

Christoph Bongard

Ein Kind der Friedensbewegung ist im vergangenen Jahr volljährig geworden. An einem Tag im November vor 18 Jahren reisten die ersten neun sogenannten Friedensfachkräfte in Projekte im Zivilen Friedensdienst aus. Diesem Ereignis waren mehrere Jahre politischer Überzeugungsarbeit der Friedensbewegung vorausgegangen, die sich dafür im Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) zusammengeschlossen hatten.

Heute ist der Zivile Friedensdienst längst den Kinderschuhen entwachsen – mehr als 300 Fachkräfte arbeiten zusammen mit lokalen Partnerorganisationen in 43 Ländern weltweit für gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Ausgewachsen ist der ZFD damit aber noch lange nicht.

Finanziell ist der Zivile Friedensdienst mit einer jährlichen Förderung von 45 Millionen Euro immer noch ein vergleichsweise kleines Programm. 316 Millionen gab das Auswärtige Amt im selben Jahr für Krisenprävention und Friedenserhaltung aus. 8,5 Milliarden Euro umfasste 2017 der Etat des Ent-

wicklungsministeriums. Horrende 37 Milliarden Euro gab die Bundesregierung im vergangenen Jahr für Verteidigung aus, mehr als das Achtzigfache des Etats für den ZFD.

Diese Zahlen führen uns zweierlei vor Augen. Erstens: Es gibt weiterhin ein krasses Missverhältnis zwischen den Ausgaben für Militär und den Investitionen in zivile Friedensförderung und Entwicklung. Von einem „Vorrang für zivil“, ein Ausdruck, den auch deutsche Außenminister und -politikerinnen und -politiker unterschiedlicher Parteien seit Jahren gerne im Munde führen, ist Deutschland meilenweit entfernt.

Zweitens: Der Zivile Friedensdienst ist bei Weitem nicht mehr das einzige Programm der Bundesregierung zur Friedensförderung. Die wichtige Rolle ziviler(!) Krisenprävention und Konfliktbearbeitung wird inzwischen nicht nur im Entwicklungsministerium, sondern auch im Auswärtigen Amt anerkannt.

Doch Geld allein ist nicht alles. ‚Friedensarbeit braucht langen Atem‘ lautet eine oft wiederholte Erfahrung. Programme der Friedensförderung müssen dementsprechend langfristig angelegt sein. Vor allem die Förderung durch das Auswärtige Amt wird von vielen Organisationen als zu kurzfristig und sehr bürokratisch kritisiert. Auch der Zivile Friedensdienst musste in den ersten Jahren einzelne Projekte mit Laufzeiten von ein bis zwei Jahren beim Ministerium beantragen. Bis eine große Evaluation des ZFD im Jahr 2011 empfahl, statt einzelner Projekte zukünftig ganze Länderprogramme mit einer Perspektive von drei bis fünf Jahren zu fördern.

Ein gemeinsames Credo der acht Organisationen im Zivilen Friedensdienstes lautet heute: „Wir können Gewalt vorbeugen, wenn wir frühzeitig handeln und die Zivilgesellschaft vor Ort langfristig stärken.“ Daran arbeiten die Organisationen im ZFD mitnichten nur in sogenannten ‚heißen‘ Konflikten, sondern

ebenso in Ländern, die noch nicht im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit stehen.

Das forumZFD, heute eine der acht Trägerorganisationen im Zivilen Friedensdienst, ist inzwischen in zehn Ländern in Europa, im Nahen Osten und in Südostasien aktiv. Ein Blick auf einige Beispiele zeigt, wie der ZFD vor, während und nach Kriegen dazu beiträgt, Gewalt zu verhindern und Frieden zu erreichen.

Der ZFD unterstützt Friedensprozesse

Auf den Philippinen wird sich im März entscheiden, ob der mehr als vierzig Jahre andauernde Bürgerkrieg mit mehreren zehntausend Todesopfern und mehreren hunderttausend intern Vertriebenen zum Ende kommt. Seit Jahrzehnten kämpft die muslimische Minderheit der Moro auf der philippinischen Insel Mindanao für Autonomie. Die Bemühungen um ein Friedensabkommen sind zuletzt 2014 gescheitert – einerseits am Widerstand der christlich-katholischen Mehrheit, aber auch am mangelnden Vertrauen der muslimischen Bevölkerung und der bewaffneten Gruppen in den Friedensprozess mit der philippinischen Regierung. Auch der Zivile Friedensdienst hat dazu beigetragen, dass es nun gute



Foto: forumZFD

Das Kutawato Multimedia Network (KuMuNet) fördert den zivilgesellschaftlichen Dialog in den Philippinen durch Foren und Workshops

Chancen für eine Friedenslösung gibt. Dazu wurden während der Friedensverhandlungen unzählige Gesprächsrunden, sogenannte ‚Bitiala‘, veranstaltet, bei denen lokale Führerinnen und Führer über den Stand der Verhandlungen informiert wurden und zugleich eigene Anliegen vorbringen konnten. Eine ähnliche Funktion hat ein vom forumZFD unterstütztes Friedensradio, das mit einer wöchentlichen Sendung die Menschen über den Friedensprozess informiert und ihnen zugleich über Telefon oder soziale Medien die Möglichkeit gibt, ihre Fragen und Ansichten zu Themen der Sendungen vorzubringen.

Die Bevölkerung diskutiert dabei genauso mit wie Sprecher der Rebellen und Vertreterinnen der Regierung. Selbst aus den entlegensten

Regionen schalten sich Bürgerinnen und Bürger ein. Die deeskalierende Wirkung des Radios hat sich schon mehrfach gezeigt. Als die Stimmung in der Bevölkerung 2016 hochkochte, weil der Gesetzentwurf zur Autonomie der Bangsamoro-Region nicht durch den Senat kam, konnte die Sendung die Wut und Sorgen vieler Menschen auffangen. Die öffentliche Diskussion im Radio trug dazu bei, dass es ruhig blieb, und dass die Menschen die Hoffnung auf Frieden nicht aufgaben. Ein anderes Mal rief der Sprecher einer Rebellengruppe in der Sendung an, um seine Sicht auf einen gewaltsamen Zusammenstoß mit dem Militär zu schildern. Durch die Aussprache „on air“ konnten Missverständnisse ausgeräumt und Wogen der Gewaltbereitschaft geglättet werden.

Bis Ostern müssen die beiden Kammern des philippinischen Parlaments dem Entwurf für ein Autonomiegesetz, dem sogenannten Bangsa Moro Basic Law, zustimmen. Dann gibt es eine Chance für ein Ende der Gewalt auf Mindanao. Die Arbeit des ZFD in der Region wird dennoch weitergehen – es gilt die Wunden des jahrzehntelangen Bürgerkriegs aufzuarbeiten, damit der Frieden von Dauer sein kann.

Vergangenheit aufarbeiten für eine Zukunft in Frieden

Wie wichtig eine Aufarbeitung der Vergangenheit für nachhaltigen Frieden ist, wissen die Mitarbeitenden des forumZFD in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens besonders gut. Seit Ende der 1990er Jahre haben sie mehrere Phasen der Nachkriegszeit begleitet. Eines der allerersten Projekte des Zivilen Friedensdienstes unterstützte in Norddalmatien in Kroatien nach dem Krieg den Aufbau eines multiethnischen Kinder- und Jugendzentrums für die alteingesessenen kroatischen Bewohnerinnen und Bewohner, kroatische Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und serbische Rückkehrerinnen und Rückkehrer. Alle drei Bevölkerungsgruppen waren im Krieg ‚von ihren Nachbarn‘ aus der Region vertrieben worden und standen nun vor

der Herausforderung, Tür an Tür zu leben.

In Serbien begleitete das forumZFD zur gleichen Zeit den Aufbau eines Traumazentrums für Kriegsveteranen. Dank der Traumaseminare konnten viele Kriegsveteranen nicht nur ihre Traumata verarbeiten, sondern auch ihre Feindbilder abbauen. Aus Soldaten wurden Fürsprecher für Versöhnung mit den ehemaligen Feinden. Das forumZFD konnte Begegnungen zwischen ehemals verfeindeten Kämpfern aus Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien und dem Kosovo organisieren. Daraus erwachsen nicht nur neue Freundschaften, einige Veteranen erhoben fortan gemeinsam öffentlich ihre Stimme, wenn Politikerinnen und Politiker die Erinnerung an die Kriege nutzen, um neuen Hass zu verbreiten.

Bis heute pflegen Kroaten, Bosniaken, Serben und Kosovaren ihre je eigenen Erzählungen der Kriege und Konflikte. Darin erscheint die eigene Bevölkerungsgruppe wahlweise als Opfer oder heldenhafte Verteidiger und die anderen als Aggressoren und Mörder. Diese gegensätzlichen Perspektiven auf die Geschichte der Konflikte in der Region thematisierte das forumZFD mit der Ausstellung MonuMenti über Kriegsdenkmäler in allen Ländern der Region. Die Präsentation der Ausstellung in

allen Ländern bot Anlässe für einen Dialog und eine kritische öffentliche Diskussion über die einseitige Instrumentalisierung der Vergangenheit. Auch rund 20 Jahre nach den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien sind Aufarbeitung und Versöhnung längst nicht abgeschlossen und es gibt noch viele Aufgaben für den Zivilen Friedensdienst.

halten und in beiden Gesellschaften die Bereitschaft für eine Friedenslösung zu stärken. Die Combatants for Peace, Partnerorganisation des forumZFD, sind eine der wenigen Bewegungen, die sich noch für den israelisch-palästinensischen Dialog einsetzen. Das forumZFD unterstützt die Dialoggruppen der Combatants, in denen Menschen beider



Panzerdenkmal vor dem historischen Museum in Uzice, Serbien.
Foto: Marko Krojac

Dialog fördern im heißen Konflikt

Ebenso lange wie im westlichen Balkan arbeitet das forumZFD in Israel & Palästina. Doch von einer Aufarbeitung des Konflikts ist diese Region noch weit entfernt. Vielmehr geht es darum, in einem eskalierten Konflikt den Dialog aufrecht zu er-

halten und in beiden Gesellschaften die Bereitschaft für eine Friedenslösung zu stärken. Die Combatants for Peace, Partnerorganisation des forumZFD, sind eine der wenigen Bewegungen, die sich noch für den israelisch-palästinensischen Dialog einsetzen. Das forumZFD unterstützt die Dialoggruppen der Combatants, in denen Menschen beider

Seiten aufeinandertreffen, die zuvor als Soldatinnen oder Kämpfer Teil der Gewaltspirale waren und nun der Gewalt abgeschworen haben. Jedes Jahr rufen sie gemeinsam zu einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Konflikts auf beiden Seiten auf. Zuletzt nahmen mehrere tausend Menschen daran teil und es werden von Jahr zu Jahr mehr.



Friedliche Demonstration der Combatants for Peace Frauengruppe.
Foto: Christoph Bongard

Eine Alternative zu Militäreinsätzen?

Dieser kurze Einblick in das Engagement des Zivilen Friedensdienstes in drei von insgesamt 43 Ländern vermittelt einen kleinen Eindruck von der Vielfalt der Ansätze der Friedensförderung. Allen Projekten gemeinsam ist, dass sie bei den Ursachen von Gewalt ansetzen und die Betroffenen in die Lage versetzen, die Konflikte ohne Gewalt zu lösen. Das Engagement des ZFD beginnt im besten Fall lange bevor die Gewalt eskaliert und es ist so lange nötig, bis die Gefahr gebannt ist, dass ein Konflikt erneut eskaliert.

Es ist dem ZFD bislang nicht gelungen, Militäreinsätze direkt zu ersetzen. Das war die Vision, mit der die Idee eines Zivilen Friedensdienstes in den 1990er Jahren entwickelt wurde. Im Gegenteil ist leider eine Tendenz hin zu mehr militärischem Engagement erkennbar. Doch mit den Erfahrungen aus dem ZFD haben wir zumindest im politischen Diskurs eine Stimme für zivile Prävention und Friedensförderung, die ebenfalls zunehmend Gehör findet.

Die Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung sind heute in Politik und Gesellschaft weitaus bekannter als noch vor 20 Jahren. Eine reprä-

sentative Befragung der britischen Organisation Conciliation Resources hat im letzten Jahr gezeigt, dass vor allem in der deutschen Bevölkerung die Unterstützung ziviler Friedensförderung ausgesprochen hoch ist. Ebenso wissen wir, dass die Mehrheit der Deutschen Militäreinsätze ablehnt oder ihnen zumindest skeptisch gegenüber steht.

Der Zivile Friedensdienst ist volljährig, hat aber noch viel vor. Allen voran wollen wir erreichen, dass die Erfahrungen der Friedensfachkräfte und der einheimischen Friedensorganisationen, mit denen wir zusammenarbeiten, in der Politik mehr Gehör finden. Denn sie sind wesentlich näher an den betroffenen Menschen, als zum Beispiel Botschaftsmitarbeiter, Analysten, Journalistinnen oder gar Militärs. Das sollte sie eigentlich zu gefragten Expertinnen und Experten ma-

chen, wenn Politik über ihr Handeln in Konflikten berät. Noch wird diese „Vor-Ort-Expertise“ viel zu selten angefragt.

Darüber hinaus gilt es das Bild zu überwinden, der ZFD würde schlaue Weißnasen aus dem globalen Norden in den Süden schicken, um dort Frieden zu stiften. In den internationalen Teams des forumZFD übernehmen Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern die gleichen Aufgaben und Funktionen wie die ausländischen Mitarbeitenden. Schon jetzt arbeitet das forumZFD auch in der Konfliktbearbeitung in Deutschland. Nicht ausgeschlossen, dass wir in Zukunft auch Fachkräfte aus dem globalen Süden für Friedensarbeit nach Europa holen.

Mehr Informationen:

- www.forumZFD.de
- Dossier „Gewalt vorbeugen –das geht“ <https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/praevention>
- <http://flucht.ziviler-friedensdienst.org>

Christoph Bongard ist Leiter der Abteilung Kommunikation des Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) und Sprecher der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. Er hat Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina studiert und beschäftigt sich seit mehr als fünfzehn Jahren haupt- und ehrenamtlich mit ziviler Konfliktbearbeitung und Friedenspolitik.

„Liebet eure Feinde“ (Mt 5,44)

Ferdinand Kerstiens

Das ist eine Zumutung! „Liebet eure Feinde!“ – das heißt sicher nicht, dass ich sie liebevoll umarmen soll, sondern, dass ich ihnen deutlich mache, dass sie vor mir keine Angst zu haben brauchen, dass auch in meiner Zukunft Platz für ihre Zukunft ist, dass ich sie nicht als Feinde vernichten will, sondern sie vielmehr als Gegner im gemeinsamen Ringen um eine bessere Zukunft für alle Beteiligten gewinnen will, damit es keine Opfer mehr gibt. Dazu gehören viele Einstellungen und Handlungsoptionen. Zwei sollen hier entfaltet werden.

Überwindung der Angst

Voraussetzung ist zunächst, dass ich nicht in der Feindschaft verharrere, sondern mich darum bemühe, die Handlungsmotive der anderen zu verstehen, die mir feindlich gegenüberstehen. Vielleicht stecken schon in diesem Verstehen Anfänge der Überwindung der Feindschaft. In den Versen der Bergpredigt vor der Aufforderung zur Feindesliebe (Mt 3,38-42) finden wir Hinweise darauf: Leiste keinen Widerstand! Halt ihm auch die andere Wange hin! Lass ihm auch den Mantel und geh auch die zweite Meile mit! Diese Feindesliebe bedeutet nicht Unterwerfung oder Passivität, sondern

neues, überraschendes Handeln, das dem anderen zeigt, dass er gar nicht mein Feind zu sein braucht. Denn Feindschaft ist oft Ausdruck der Angst vor der Übermacht des anderen, der mich auslöschen will. Feindesliebe will nach Möglichkeiten suchen, Angst abzubauen, meine Angst vor dem anderen und seine Angst vor mir. Das ist kein leichtes Unterfangen. Wir leben vielfach in einer Angstgesellschaft.

Gründe der Angst

Wir sind nicht mehr geborgen in selbstverständlichen Ordnungen. Oft fehlt das Grundvertrauen

ins Leben. Viele haben gar keine Chance, dieses Grundvertrauen aufzubauen. Wir müssen alles neu suchen und gewinnen. Das macht Angst, individuelle und kollektive Angst. Werde ich den Weg finden, der weiterführt? Wo finde ich Sinn in meinem Leben, in meiner Ratlosigkeit und meinen Fragen: Arbeitslosigkeit oder wachsende Hetze bei der Arbeit, Scheitern in der Liebe, Lebens- und Zukunftsängste, vielleicht auch: wo ist der Sinn in meiner glanzvollen Karriere, die mich aufzehrt, trotz allem, was ich mir deswegen leisten kann, in meinem Alltag? Es gibt so viele Gründe für Angst, die uns umtreibt.

Folgen der Angst

Ich kann diese Angst in mir zu übertönen versuchen. Das kann zur Sucht führen, aber nicht nur zur Sucht nach Alkohol und Tabletten, sondern auch zur Herrschsucht über andere, damit ich nicht mehr infrage gestellt werden kann. Da sind die Trumps, Erdogans und Putins. Aber nicht nur die großen, sondern auch die kleinen Trumps, Erdogans und Putins in der Familie, in der Bundeswehr, am Arbeitsplatz und immer auch noch in der Kirche. Viel Aggressivität und Gewalt rührt aus dieser Angst, auch die rechte Gewalt in unserem Volk, die aggressive Ablehnung der Fremden:

Sie nehmen uns die Arbeitsplätze weg. Sie kosten Geld. Das ist nicht mehr unser Deutschland. Fremde werden Feinde, die man bekämpfen oder besser einfach fernhalten muss. - So heißt es. Parteien, die damit Wähler fangen wollen, sind für mich als Christen nicht wählbar. Es geht um Menschen, die aus berechtigter Angst fliehen mussten vor Gewalt, Hunger und Krieg. Sie sind Menschen wie du und ich, und sie haben wie wir Sehnsucht nach mehr Leben.

Da ist auch der wachsende Antisemitismus bis in die Mitte unserer Gesellschaft. Viele kennen keine Juden, aber sie sind gegen die Juden, weil sie angeblich zu reich und mächtig sind. Jüdische Menschen und Einrichtungen sind ständig in der Gefahr, bewitzelt, verleumdet oder angegriffen zu werden. Und das 70 Jahre nach dem Holocaust!

Es geht nicht darum, all die Ängste und ihre Gründe fromm klein zu reden, als ob sie für den Gläubigen, für uns Menschen in Deutschland unbedeutend seien. Es stehen da gewaltige Fragen und Aufgaben vor der ganzen Menschheit. Jeder Mensch ist davon betroffen. Aber Angst lähmt alle kreativen Innovationen im Bewusstsein und im Handeln der Beteiligten, in Kirchen und Gesellschaft, in Wirtschaft und Politik. Leben im Glauben, im

Vertrauen, in der Liebe heißt Leben, ohne sich von der Angst beherrschen zu lassen.

Gewaltlosigkeit

Die Überwindung der Angst ermöglicht Gewaltlosigkeit. Papst Franziskus hat den Weltfriedenstag 2017 unter das Leitwort gestellt: „Gewaltfreiheit: Stil einer Politik des Friedens“. Gewaltfreiheit als Stil einer Friedenspolitik? Und das in

Diese Idee [...] hat sich ausgebreitet und pax christi ist inzwischen in über 80 Völkern und Nationen rings um die Welt aktiv.

einer Welt voller Gewalt? Wie soll das gehen? Hier kommen meine eigenen Erfahrungen ins Spiel. Da sind wir bei pax christi, unserer internationalen katholischen Friedensbewegung, deren Teil wir sind. Pax christi wurde gegründet von französischen katholischen Christinnen und Christen nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie wollten nach dem schrecklichen Krieg Frieden zwischen Frankreich und Deutschland stiften und so die jahrhundertelange Feindschaft zwischen den beiden Völkern überwinden: gewaltlose Feindesliebe. Es muss doch Frieden möglich sein!

Engagierte Gruppen in Deutschland haben das aufgegriffen und versucht, Frieden nach Polen weiterzutragen, das immer wieder unter deutscher Gewalt zu leiden hatte. Diese Idee, dieses Engagement hat sich ausgebreitet und pax christi ist inzwischen in über 80 Völkern und Nationen rings um die Welt aktiv.

Wirklichkeit der Gewalt

Uns geht es um gewaltfreie Lösung der Konflikte. Denn Gewalt führt immer zu neuer Gewalt. So erleben wir es ja heute vor allem im Nahen Osten und in Afrika. Deutschland ist an dieser Gewalt beteiligt nicht nur durch die Außeneinsätze der Bundeswehr, sondern auch durch die Waffenexporte und durch eine aggressive Wirtschaftspolitik. Deutschland ist nach den USA und Russland der drittgrößte Exporteur von Waffen in der Welt. Anderswo wird mit unseren Waffen gemordet. Viele hier haben längst daran verdient. Eine schreckliche Wirklichkeit: aus Deutschland stammende Panzer werden von der Türkei benützt, um Kurden zu vertreiben und zu „neutralisieren“, das heißt zu ermorden, die bis vor kurzen noch im Kampf gegen den IS gebraucht wurden. Auch eine aggressive Wirtschaftspolitik ist eine Form der Gewalt. Unser Hähnchenteile-Export nach Afrika vernichtet dort die Kleinbauernschaft, wie kürzlich

noch eine Studie von „Brot für die Welt“ dargestellt hat.

Gewaltlosigkeit als Handlungsstrategie

Wir erleben bei fast allen Konflikten, dass Gewalt keinen Frieden schaffen kann, sondern neue Gewalt provoziert. Aber ist Gewaltlosigkeit nicht eine blanke Illusion? Wie soll sie gegen die Gewalt ankommen? Gewaltfreiheit gegen Gewalt? Ja, wir übersehen das oft. Es gibt ausführliche Studien über die politischen Konflikte der letzten 100 Jahre. In zwei Drittel waren die gewaltfreien Aktionen erfolgreich, nur in einem Drittel geschah das durch kriegerischen Einsatz, der dann oft in Bürgerkriegen endete, die das Elend nur vergrößerten, wie jetzt im Irak, in Afghanistan, Syrien und Libyen. Die Gewalt ging da von den USA aus.

Gewaltfreie Lösungen

Beispiele für gewaltfreie Lösungen: Ich will nur drei große Erfolge nennen: Da ist für uns hier in Deutschland natürlich 1989 zu nennen. Ein Jahr zuvor haben es die gewaltfreien Gruppen in der damaligen DDR, die oft bei den Kirchen Schutz suchten, nicht geahnt, dass die Zwangssysteme der DDR und dann der Sowjetunion gewaltfrei

überwunden werden konnten. Da haben viele Faktoren eine Rolle gespielt, vor allem aber die Menschen, die zu Tausenden über die Straßen zogen in Leipzig und anderswo, mit Kerzen in den Händen und dem Ruf: Keine Gewalt. Sie haben ihr Leben riskiert, wussten nicht, ob das Regime mit Gewalt reagiert, aber sie sind gezogen.

In Südafrika herrschte das brutale Apartheidssystem mit der Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung. Dann haben viele Menschen, vor allem auch fast alle christlichen Kirchen, die gewalttätige Regierung des Weißen gewaltfrei überwunden und ein neues Miteinander der Weißen und Schwarzen ermöglicht. Keiner hatte gedacht, dass das Regime ohne Gewalt überwunden werden könnte. Sicher bleiben dort noch viele Fragen offen, vor allem im sozialen Bereich. Aber die Apartheid hat nicht mehr das letzte Wort.

In Lateinamerika gab es viele Militärdiktaturen, die mit Gewalt, Folter und Mord die Andersdenkenden ausschalteten. Vielfach wurden diese Gewaltregime durch die USA unterstützt, die auch die Folterknechte für die Diktatoren ausbildete. Sie wurden gewaltlos überwunden, weil die Bevölkerung ihnen den Gehorsam verweigerte. Vielfach waren daran die kirchlichen Basisgemeinden beteiligt, die geholfen haben,

das Selbstbewusstsein der Armen, der Kleinen zu stärken, ein großer Verdienst auch der Befreiungstheologie, die leider vom Vatikan und von den USA bekämpft wurde. Noch 2017 sind über 60 Kleinbauern in Brasilien ermordet worden im Auftrag der Großgrundbesitzer, die großflächig Soja anbauen, auch für das Schweinefutter hier bei uns. Unsere hochsubventionierte Landwirtschaft profitiert davon. Wir stecken in deren Gewalt mit drin.

Gewaltfreiheit und Angstüberwindung

Gewaltfreiheit – Stil einer Politik für den Frieden, weil Gewaltfreiheit schon als Weg ein zukünftiges versöhntes Miteinander der Menschen und Völker vorbereitet. Unsere gegenwärtige Welt zeigt, dass Gewalt kein Weg in eine menschliche Zukunft ist, zumal die Opfer meistens die Zivilisten sind, die Frauen und Kinder, die einfach nur leben wollen. Die Gewaltfreiheit erfordert ganzen Einsatz. Sie ist Zeichen von Angstüberwindung, bildet sich ab in gewaltfreien Demonstrationen, unter Umständen auch in Form von zivilem Ungehorsam, um auf die höhere Gerechtigkeit und den größeren Wert der Menschenwürde vor dem formalen Recht hinzuweisen. Die Kirchenasyle sind eine Form davon.

Lange hat auch unsere Kirche unter bestimmten Bedingungen vom gerechten Krieg gesprochen und damit oft auch die ungerechten Kriege gerechtfertigt, wie z.B. die deutschen Bischöfe den zweiten Weltkrieg bis zum bitteren Ende. Auch Clemens August, der Löwe von Münster, hat bis zum Mai 1945 die Soldaten zum Gehorsam dem Führer gegenüber aufgefordert. Heute geht die Suche nach einem gerechten Frieden, der die Grundrechte der Menschen achtet, weiter: das Recht auf Leben, Gesundheit, Ernährung und Arbeit. Dieser gerechte Frieden, der den Menschen gerecht wird, ist nur gewaltfrei zu erreichen, durch innere Überwindung der Versuchung zur Gewalt. Leider ist dieser Weg in den politischen Auseinandersetzungen kaum vertreten. Die Mächtigen auf allen Seiten sind miteinander verzahnt im Kampf um Macht und Öl. Die gewaltfreie Veränderung muss von unten kommen, wie in der damaligen DDR, in Südafrika und Lateinamerika. Die gewaltfreie Veränderung muss von unten und von uns hier kommen.

pax christi unterstützt in vielen Völkern die Gruppen, die sich für eine gewaltfreie Lösung einsetzen. So haben wir auch enge Kontakte mit den Friedensgruppen in Israel und Palästina, die ohne Gewalt sich für den Frieden zwischen beiden Staaten, Völkern, Religionsgruppen

und Kulturen einsetzen. Leider ist hier bei uns in der Öffentlichkeit davon kaum die Rede, sondern nur von der Gewalt, die immer wieder auf beiden Seiten aufflammt.

Gewaltfreiheit – Stil des friedenspolitischen Handelns

Vielleicht sind auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen die Weisungen Jesu aus der Bergpredigt verständlich und hilfreich. Ich weiß aus eigener Erfahrung, aus vielen Diskussionen, wie schwierig es ist, den Gedanken der Gewaltfreiheit in unsere kleinen und großen Konflikte einzutragen, um zu einer friedlichen Lösung zu kommen. Deswegen bin

ich dem Papst Franziskus dankbar für diese Weisung zum Weltfriedenstag: Gewaltfreiheit als Stil der Friedensarbeit. Es liegt an uns und an vielen anderen, ob es gelingt, die kriegerischen und gewalttätigen Scheinlösungen im Kleinen wie im Großen zu überwinden und mehr Frieden zu schaffen, damit die Menschen in Würde miteinander leben können, so wie Gott es allen zgedacht hat.

„Liebet eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen, damit ihr Kinder eures Vaters im Himmel werdet; denn er lässt seine Sonne aufgehen über Bösen und Guten und er lässt regnen über Gerechte und Ungerechte.“



Unsere „Fragen des Monats“ – hat es sich gelohnt?

Veronika Hüning

*Im vergangenen Jahr haben wir ausgewählten Politiker*innen jeden Monat eine Frage zu einem aktuellen Thema der Außen- und Sicherheitspolitik gestellt, ihre Antworten kommentiert und veröffentlicht. Wir wollten damit zur Meinungsbildung beitragen und die politische Streitkultur fördern. Nun haben wir im Vorstand das Projekt ausgewertet.*

Viele Pluspunkte

Wir haben eine ganze Reihe von Pluspunkten ausgemacht. So konnten wir, wie erhofft, kontroverse Stellungnahmen einholen und uns durch die Kommentare von sieben verschiedenen pax christi-Mitgliedern deutlich positionieren. Der Arbeitsaufwand war relativ gering, während durch die Nutzung des Mediums Homepage potenziell viele Menschen erreicht werden. Mitglieder von vier verschiedenen Parteien haben sich beteiligt; vor allem konnten wir einen Einblick in die Positionen bekommen, die Grüne und Linke im Bundestag vertreten. Der Bundesvorstand hat die „Frage des Monats“ als innovatives Konzept anerkannt und es wurde in der pax_zeit als beispielhaftes Projekt dargestellt.

Schwachpunkte

Andererseits waren wir von der Resonanz und der Wirkung etwas enttäuscht: Wir haben keinen Überblick, wie viele Menschen die Einträge im Internet überhaupt gelesen haben. Von unseren Mitgliedern bekamen wir keine Rückmeldungen, wie sie die Meinungsäußerungen fanden, sodass bei der Projektgruppe eine Art Vakuum-Gefühl entstand. Auch wurden die Dialoganstöße nicht erkennbar aufgegriffen und in der Öffentlichkeit weitergeführt. Das mag u.a. daran gelegen haben, dass die beteiligten Politiker*innen von unterschiedlichen Ebenen stammten: Es waren MdBs dabei, aber auch ein „nur“ lokaler Politiker und ein politisch Engagierter aus der Friedenskooperative Münster ohne

Parteibuch. Einen Schwachpunkt sehen wir im Nachhinein auch darin, dass die Fluktuation relativ hoch war: Nur einmal bekamen wir vier Antworten, zweimal beteiligte sich lediglich der CDU-Vertreter; einige Angefragte machten nur einmal mit oder reagierten gar nicht. Wir haben uns deshalb gefragt, ob das Format vielleicht nicht motivierend genug ist. Im Nachgespräch unseres Politischen Nachtgebets zum Thema „Streitet euch“ bekamen wir außerdem die Kritik zu hören, die Fragen selbst seien teilweise zu wenig zugespitzt und herausfordernd gewesen. Andererseits haben uns die „treuen“ Beteiligten alle signalisiert, dass sie an einer Fortsetzung des Dialogs mit pax christi interessiert seien.

Wie es weiter geht

Wir haben darüber beraten, ob wir die „Fragen des Monats“ neu auflegen sollen oder ob sie ein auf das Wahljahr begrenztes Projekt bleiben sollten. Nun wollen wir ein etwas anderes Konzept verfolgen: Wir werden möglichst regelmäßig zu einem aktuellen Geschehen, das unsere Friedensarbeit betrifft, eine Presseerklärung herausgeben und unsere Münsteraner Bundestagsabgeordneten zu einer Stellungnahme dazu einladen. Diskussionswürdige Beiträge können wir wiederum auf unsere Homepage stellen – schaut ruhig öfter hinein und teilt uns auch gerne eure Meinung dazu mit!

Wer Waffen exportiert, ist mitverantwortlich für Krieg

Wie beschrieben, haben wir uns bei der Auswertung der „Frage des Monats“ entschieden, regelmäßige Presseklärungen zu einem aktuellen Geschehen, das unsere Friedensarbeit betrifft, herauszugeben. Im Januar veröffentlichten wir die folgende Erklärung.

Der Diözesanverband Münster von pax christi verurteilt die Angriffe des türkischen Militärs auf Kurden im syrischen Afrin. Wie widersprüchlich die westliche Politik im Nahen Osten ist, zeigt sich hier besonders deutlich: Einerseits wurden die sog. „Volksverteidigungseinheiten“ der kurdischen YPG unterstützt, als sie gegen den IS kämpften; andererseits gelten die mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK verflochtenen nordsyrischen Kurdenmilizen als „Terroristen“. Jetzt berichten die Medien vom Einsatz deutscher Leopard-Panzer bei der türkischen Militäroffensive. Dieses Kriegsgerät – bis 2014 aus Beständen der Bundeswehr geliefert – rollt also vom NATO-Partner Türkei gegen die kurdischen Verbündeten im Kampf gegen den IS.

pax christi fordert seit Langem einen Stopp jeglicher Rüstungs-

exporte in Krisengebiete. Denn wer Waffen exportiert, macht sich mitschuldig an heißen Konflikten, an der Eskalation und Verlängerung von Kriegen, an dem dadurch verursachten Leid und den vielen meist zivilen Opfern.

pax christi hofft, dass die deutsche Politik glaubwürdiger als bisher das friedliche Zusammenleben der Völker auch im Nahen Osten fördert und dass die zukünftige Bundesregierung sich deutlich gegen jedwede Kriegshandlung stellt. Kein Staat, der Menschenrechte verletzt oder das Völkerrecht bricht, darf mit Kriegswaffen ausgerüstet werden und darf auch keine Kleinwaffen aus deutscher Produktion oder Lizenzen zu ihrem Nachbau erhalten!

*Veronika Hüning,
Diözesanvorsitzende
Daniel Kim Hügel, Friedensreferent*

Glosse

Waffenlobby jubelt!

Eberhard Ockel

Da war doch was? Hatte nicht der Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel der „Aktion Aufschrei“ zugesichert, im Zweifel Waffenlieferungen nicht zuzustimmen? Doch die Waffenlieferungen schnellen von Jahr zu Jahr in die Höhe. Da fehlen wohl die Zweifel?!

Und was Spannungsgebiete sind, bestimmt ja auch die Bundesregierung.

Im Jemen, in Katar und nun in Nordsyrien – in Afrin – kommen deutsche Waffen zum Einsatz! Waren die jetzigen Terroristen der YPG nicht früher Bundesgenossen im Kampf gegen den IS? Haben sie nicht als Verbündete der USA ihren Kopf hingehalten?

Und was soll eine kurdische Mutter sagen, deren Sohn tapfer und erfolgreich gegen den IS gekämpft hat und jetzt von einem deutschen Panzer überrollt wird, weil die Türkei ihn für einen Terroristen hält?

Und womöglich werden mit Zustimmung der nächsten Bundesregierung Waffenschmieden in Saudi

Arabien, in der Türkei und anderswo geplant. Die Lizenz für (das Töten mit) Kleinwaffen gibt's ja schon; da braucht sich die Bundesregierung keine Erklärungen mehr zu überlegen!

Deutsche Panzer und deutsche Kleinwaffen sind eben doch die besten!

Ohne bewaffnete Konflikte kann man sowas doch gar nicht testen! Wo und warum Konflikt, ist doch egal! Und Kollateralschäden muss man eben in Kauf nehmen! Und ohne Umsatzplus unserer Waffenfabriken Heckler & Koch und Krauss-Maffei-Wegmann oder Rheinmetall sind Arbeitsplätze gefährdet!

Und wenn die Bundesregierung nicht zustimmt, liefert ein anderes Land die Waffen: USA, China, Russland...

Und wen stört's, wenn Flüchtlingszahlen weltweit steigen? Wir schotten Europa ab!

Christliches Abendland – Schnee von gestern!

Friedensgottesdienst

am Samstag, dem 13. Januar

Ferdinand Kerstiens

Eine gute Tradition: In jedem Jahr eröffnet pax christi Münster seine Friedensarbeit mit einem Gottesdienst und Treffen in der Gastkirche in Recklinghausen.

Knapp 40 friedensbewegte Menschen trafen sich diesmal. Die inhaltliche Gestaltung hatte unser Geistlicher Beirat Klaus Hagedorn übernommen. Die priesterliche Leitung lag bei Ludger Ernsting.

Klaus Hagedorn hatte als Predigttext einen Abschnitt aus Offenbarung 21 gewählt, wo vom neuen Himmel und der neuen Erde gesprochen wird. Er fragte, welche existentielle Erfahrung genau danach Menschen schreien lasse, auch nach dem Gott, der alle Tränen abwischen wird. Wohl die, dass die gegenwärtige Erde unerträglich geworden ist und dass die Menschen noch nicht so apathisch sind, dass sie keine Tränen mehr haben. Je satter und abgesicherter, je weniger einfühlsam und informiert, umso weniger der Schrei nach dem Land der abgewischten Tränen.

Klaus Hagedorn erläuterte diese Stelle auch durch seine Erfahrungen

in Guatemala, wo er vielen Menschen, vor allem Frauen, begegnete, die Tränen weinen um ihre ermordeten Männer und Söhne, die aber die Hoffnung nicht aufgaben und jetzt ihr Leben, ihr Land neu gestalten, um Zukunft zu ermöglichen, ein kleines Stück der neuen Erde, die uns verheißen ist. Zum Schluss des Gottesdienstes trug er die Meditation „Denk an den Andern“ vor, die ihr auf der Rückseite dieses Heftes finden könnt.

Das anschließende gemeinsame Mahl speiste sich von den reichlichen und leckeren Mitbringseln der Teilnehmer*innen. Veronika Hüning informierte dabei über die Pläne für 2018 vor allem im Hinblick auf den Katholikentag in Münster. Ludger Ernsting erzählte von den Erfahrungen im Gasthaus in der Begegnung mit den Armgemachten unserer Zeit.

Studientag der pax christi-Gruppen im Kreis Warendorf

zum Thema „Nicht gleichgültig bleiben!“

Klaus Dümmer

Wie jedes Jahr im Januar trafen sich auch dieses Jahr wieder Mitglieder der pax christi-Gruppen im Kreis Warendorf zu einem Studientag in der LVHS Freckenhorst. Er fand statt am Samstag, dem 20. Januar, von 9.30 Uhr bis 17.30 Uhr. Als Referenten hatte Annette Paschke Herrn Prof. Dr. Norbert Mette aus Münster eingeladen.

Gleich zu Beginn seines Vortrages verwies Prof. Mette darauf, dass der Titel des Studientages „Nicht gleichgültig bleiben!“ ein Zitat von Papst Franziskus aus seiner Ansprache beim Weltgebetstreffen in Assisi am 20. September 2016 sei. Angesichts großer Herausforderungen heutiger Zeit wie globaler Migration, Kriegen in aller Welt, Hunger, Arbeitslosigkeit ergebe sich für Christinnen und Christen die Verpflichtung, Gleichgültigkeit zu überwinden und Engagement zu zeigen. Die biblische Botschaft habe auch immer eine soziale und politische Dimension, so Prof. Mette.

Auch wenn als Reaktion auf Weihnachtspredigten deutscher Bischöfe bestimmte Politiker die Forderung

erhoben hätten, Kirche habe sich aus der Politik herauszuhalten, konstatierte Prof. Mette mit dem Hinweis, dass bereits der Begriff „Messias in einer Krippe“ einen politischen Kontext impliziere, den die Politiker aber nur erkennen könnten, wenn sie die Weihnachtserzählungen lesen würden.

Die Grunderfahrung des „Exodusgeschehens“ offenbare einen Gott, der den Schrei des versklavten Volkes gehört, das Elend gesehen habe und das Volk in die Freiheit führen wolle.

Ein solcher parteiischer Gott der Armen, ein Gott der Gerechtigkeit werde nun von Papst Franziskus in den Mittelpunkt seiner Theologie gestellt.

Die soziale Botschaft des Papstes

Thema des Referats war also die soziale Botschaft des Papstes, dargestellt anhand ausgewählter Texte (u.a. „Papst Franziskus zur Feier des Weltfriedenstag am 1. Januar 2017“; „Evangelii gaudium“; „Laudato si“).

Die Methodik des Vortrages orientierte sich an dem von Prof. Mette 2017 herausgegebenen Buch „Nicht gleichgültig bleiben!“ (Grünwald Verlag).

Wie aus dem methodischen Denken der Befreiungstheologie bekannt, gliederte Prof. Mette seinen Vortrag in drei Schritte: Sehen-Urteilen-Handeln.



Referent Prof. Dr. Norbert Mette sprach zum Thema „Nicht gleichgültig bleiben!“

1. Zeichen der Zeit - Wie sieht Papst Franziskus die aktuelle Weltlage?
2. Die Ursachen für destruktive Entwicklungstrends/Die Krisen in der Sicht des christlichen Glaubens
3. Wege zur Überwindung der Krise; Akteure des notwendigen gesellschaftlichen Veränderungsprozesses; „Mystik der offenen Augen“ (J. B. Metz)

Zeichen der Zeit - Wie sieht Papst Franziskus die aktuelle Weltlage?

In seiner Schrift „Laudato Si“ erwähne Papst Franziskus u.a. folgende „Zeichen der Zeit“, die es gelte, „schmerzlich zur Kenntnis zu nehmen, zu wagen, es in persönliches Leiden zu verwandeln“:

- Flucht und Migration
- Hunger und Unterernährung
- Arbeitslosigkeit und unwürdige Arbeit
- Prekäre Lage junger und alter Menschen
- Situation der Frauen
- Kulturelle Veränderungen
- Stadt-Land
- Bedrohte Völker
- Götzendienerisches Wirtschaftssystem
- Klimawandel, Raubbau der Schöpfung
- Kriege

- Als Resümee: „ein substantieller Verlust der Menschlichkeit“ (H.-G. Stobbe)

Die Ursachen für destruktive Entwicklungstrends

Der Papst diagnostiziert zwei wesentliche Ursachen katastrophaler Tendenzen heute:

Einmal eine anthropologische Krise, die den Vorrang der Technik vor dem Humanen propagiert und zum anderen eine systemische Krise, die durch strukturelle Gegebenheiten erzeugt werde. Im Folgenden führt der Referent Beispiele für „Krisen in der Sicht des christlichen Glaubens“ an:

- Flucht und Migration seien exemplarische „Zeichen der Zeit“: Ursache von Migration seien Unterdrückung, Krieg, Habgier, Umweltverschmutzung, Klimawandel, Gewinnmaximierung etc.
- Hunger und Unterernährung: Güter der Erde müssten gleichmäßig an alle verteilt werden (vgl. das dahinter liegende Gottesbild: „Vater unser“, Brotgeschichten im NT)
- Arbeit sei „Teil des Sinns des Lebens auf dieser Erde, Weg der Reifung, der menschlichen Entwicklung und der persönlichen Verwirklichung“ (LS 128).
- „Option für die Armen“: Seit der lateinamerikanischen Bischofs-



Teilnehmende des Studientags in Freckenhorst

- konferenz in Puebla (1979) wachse die Erkenntnis, dass Gewalt und Armut strukturelle Probleme seien, die nicht individuell, sondern nur gemeinsam gelöst werden könnten. Dazu müsse die Kirche einen Perspektiv- und Ortswechsel vollziehen: Der „Arme“ müsse in den Blick genommen werden und die Kirche vom Zentrum der Städte an die Peripherie gehen. Nur so könne sie dem Anspruch und Vorbild Jesu gerecht werden.
- Schöpfung: Sie sei mehr als „Natur“ und müsse als Gottes Geschenk an die Menschen begriffen werden.
- Frieden: Der Papst nennt den Krieg „Wahnsinn“, der alles zerstöre.

Wege zur Überwindung der Krise

Der Papst zeige unter anderem, so Prof. Mette, folgende Wege zur Überwindung der Krise:

- Flucht und Migration: Globalisierung der Solidarität; Behebung der Ursachen
- Gerechte Verteilung der Nahrungsmittel

- Würdige Arbeit für alle
- Inklusive Wirtschaft mit dem Menschen im Mittelpunkt
- Ganzheitliche Ökologie
- Gemeinsamer Aufbau einer Zukunft des Friedens

Akteure des notwendigen gesellschaftlichen Veränderungsprozesses seien unter anderem die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, die sozialen Bewegungen (pax christi, Caritas, Misereor u. a.), die Jugend.

Resümee: Trotz aller Katastrophen in der Welt mache der Papst Mut, Veränderungen anzugehen, nicht zu resignieren, sondern aus tiefem Gottvertrauen „mit offenen Augen“ geduldig durch die Welt zu gehen und sich anrühren zulassen vom Leid anderer.

Nach eingehender Diskussion einiger Punkte des Referates bedankte sich Annette Paschke ganz herzlich beim Referenten und übergab ihm als Präsent eine pax christi-Kerze. Zum Ende des Studientages versammelten sich die pax christi-Mitglieder in der Kapelle der LVHS, um gemeinsam Gottesdienst zu feiern.

Gedenk- und Gebetsstunde

am Vorabend des 27. Januar 2018 im Lüdinghauser St.-Antonius-Kloster

Karl-Heinz Kocar

Vor 73 Jahren, am 27. Januar 1945, wurde das Konzentrationslager Auschwitz von Soldaten der Roten Armee befreit. Auf Initiative von Bundespräsident Roman Herzog gilt der 27. Januar ab 1996 als „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“.

Dabei denken wir in erster Linie an den Holocaust, die systematische Ermordung europäischer Juden. Aber auch viele andere Gruppen wurden Opfer des NS-Vernichtungswahns. Nach dem Überfall auf Polen am 1.9.1939 waren es zunächst die gesellschaftlichen Eliten Polens, die nach Auschwitz gebracht wurden. Aber neben anderen Gruppen traf die rassistische NS-Politik auch Sinti und Roma, die man in Europa schon immer verächtlich „Zigeuner“ genannt hatte, mit grausamster Härte.

Zu einer Gedenkandacht hatte die Lüdinghauser pax christi-Gruppe am letzten Freitag, am Vorabend des 27. Januar, gemeinsam mit der Schwesterngemeinschaft in die Kapelle des St.-Antonius-Klosters eingeladen. In den Mittelpunkt

der Besinnung stellten die pax christi-Mitglieder Peter und Margret Kopmeier, Elisabeth und Gerd Dabrowski, Christa Holtmann, Christel Albers, Schwester Rosemarie und Karl-Heinz Kocar Leben und Werk des Grafikers und Bildhauers Otto Pankok, der in bewegenden Kohlezeichnungen („Die Passion“) seine in Sinti- und Roma-Siedlungen in Südfrankreich und im „Heinefeld“ bei Düsseldorf gesammelten Erfahrungen verdichtet hat, mit starker Empathie angesichts des Leidens dieser Außenseiter. Vor eineinhalb Jahren wurde das reichhaltige Werk des „expressiven Realisten“ Pankok, das die Nazis „entartet“ genannt hatten, auch in Lüdinghausen gezeigt.

Schon zu Beginn waren symbolträchtige Gegenstände im Altar-

raum abgelegt worden: ein Kreuzifixus, eine Skulptur des Märtyrers Maximilina Kolbe, ein Siebenarmiger Leuchter, Geige und Friedenskerze. Jetzt wurden auch weihnachtliche „Hoffnungs“-Gedanken des SZ-Journalisten Heribert Prantl vorgelesen, der noch vor Kurzem in Lüdinghausen war. Für ihn ist die Mutter Jesu keine demütige Hausfrau. Der Lobpreis Gottes aus dem Munde der mit Jesus schwangeren Frau, das „Magnificat“ des Lukas-Evangeliums, sei zugleich die prophetische Ankündigung eines „heiligen Umsturz(es)“ der gewohnten Verhältnisse: Gott stelle sich vehement auf die Seite der Schwachen und Gedeemütigten und stärke ihren Mut zum Widerstand. Nur auf diesem Wege werde echter Friede möglich.

Im Psalmgebet und mit Gesängen, die Barbara und Burkhard Tiessen mit ihren Gitarren begleiteten,

stimmten sich die Teilnehmer des Gottesdienstes immer wieder auf den existenziellen Ernst des christlichen Glaubens ein, im Gegenüber zu einer in vielfältiger Weise unmenschlichen Realität.



Die symbolträchtigen Gegenstände, abgelegt im Altarraum.



Gedenk- und Gebetsstunde im St.-Antonius-Kloster.

Mahnwache der pax christi-Regionalgruppe Recklinghausen in Büchel

Johannes Gertz

Wie schon in 2016 hat die pax christi-Regionalgruppe Recklinghausen am 29. Juli 2017 eine Fahrt zum Atomwaffenstandort in Büchel unternommen, um dort mit anderen Gruppen eine Mahnwache zu halten.

Um der Forderung nach Abschaffung der Atombomben einschließlich deren Transport und Infrastruktur Nachdruck zu verleihen, finden seit einigen Jahren in den 20 Wochen bis zum Nagasaki-Gedenktag am 9. August am Atomwaffenstützpunkt Büchel Mahnwachen statt. Diese 20 Kalenderwochen sollen auf die wahrscheinlich 20 in Büchel lagernden Atombomben verweisen.

Wir haben uns vorgenommen, die Teilnahme an der Mahnwache zu einer Tradition werden zu lassen und eine offene Einladung zur Teilnahme auszusprechen. Wir wollen mit unserer Mahnwache deutlich machen, dass

- wir die atomare Abschreckung verurteilen,
- wir eine Abrüstung der Atomwaffen und einen Beitritt von

Deutschland zu dem mehrheitlich von der UN-Vollversammlung im Juli 2017 beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag fordern,

- wir die Lagerung und Modernisierung US-amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Boden ablehnen,
- wir ihren Einsatz mit Hilfe deutscher Tornado-Piloten im Rahmen der sog. nuklearen Teilhabe als Bruch des von Deutschland unterzeichneten Atomwaffen-sperrvertrages und damit als rechtswidrig erachten,
- die Lagerung der Waffen entgegen des Beschlusses des Bundestages vom 26. März 2010 fort dauert
- und gegen den Mehrheitswillen der deutschen Bevölkerung erfolgt.

Unser Protest richtet sich nicht nur gegen die deutsche Bundesregierung, sondern auch gegen die US-amerikanische Regierung, die die entscheidenden Fäden in der Hand hält.

In Büchel trafen wir auf eine Gruppe von Quäkern, Vertreter der Friedenssteuerinitiative und Vertreter der ICAN-Kampagne, die sich für die UN-Verhandlungen eines Atomwaffenverbotsvertrages eingesetzt haben (und hierfür den Friedensnobelpreis 2017 erhielten). Zunächst zogen wir uns auf eine angrenzende Wiese zurück, um uns untereinander vorzustellen und uns über unsere Motivation, die uns hierher gebracht hatte, auszutauschen.

Danach gesellten wir uns zu den anderen Friedensmenschen und kamen in einen intensiven Austausch mit ihnen. Einige der Leute aus den anderen Initiativen hatten sich auf eine Blockade der Zufahrt vorbereitet und führten die Blockade auch durch. Die Standortkommandantur hatte aber für den gesamten Zeitraum der Mahnwache entschieden, einen zweiten Eingang für das Ein- und Ausfahren zu nutzen, um einer friedlichen Konfrontation aus dem Wege zu gehen.

Die Insassen der an unserem Mahnplatz vorbeifahrenden Autos nahmen mehrheitlich keine Notiz von uns oder brachten ihr Unverständnis durch Kopfschütteln zum



Bunte Proteste in Büchel.



Ein Wegweiser für den Frieden?

Ausdruck. Es gab aber auch Zustimmung. Besonders freuten wir uns an diesem sehr warmen Sommertag über einen Eiswagen mit seinem köstlichen Eisangebot, von dem viele Gebrauch machten.

Am frühen Nachmittag beendeten wir unsere Mahnwache mit einem

Wortgottesdienst und verabschiedeten uns von den anderen Gruppen, die für das gesamte Wochenende angereist waren.

Auch in diesem Jahr werden wir wieder nach Büchel fahren. Dafür haben wir bereits den 7. Juli festgelegt (Einzelheiten unter Termine).

Die Lagerung von US-Atombomben in Büchel ist völkerrechtswidrig

Leonore Schröder

Im Bewusstsein ihrer Verantwortung für die sichere und unversehrte Existenz ihrer Bürgerinnen und Bürger treten unter anderen die „Bürgermeister für den Frieden“, die „Internationalen Juristen gegen den Atomkrieg“ (IALANA) und die „Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs“ (IPPNW) seit Jahren für den Abzug der verbliebenen Atomwaffen in Deutschland und für die Abschaffung aller Atomwaffen weltweit bis zum Jahr 2020 ein.

Ebenso wichtig ist für sie die Aufkündigung der sogenannten „Nuklearen Teilhabe“ nach dem NATO-Doppelbeschluss. Sowohl die Lagerung von Atombomben wie auch die „Nukleare Teilhabe“ verletzen internationale Bestimmungen und vertragliche Verpflichtungen Deutschlands und sind damit rechtswidrig:

1. Die Bundesrepublik ist 1975 dem **Atomwaffensperrvertrag** beigetreten. Sie verzichtet damit zur Eindämmung der Atomkriegsgefahr auf Herstellung, Lagerung, Anwendung und Weiterverbreitung von Atomwaffen. Die Lagerung der verbliebenen

20 Atomwaffen am Standort Büchel in der Eifel und deren geplante Modernisierung verstoßen gegen diese freiwillig eingegangenen Bestimmungen.

2. Die nach dem Nato-Doppelbeschluss von der Bundesrepublik Deutschland angenommene **„Nukleare Teilhabe“** ist ebenso rechtswidrig. Sie sieht vor, dass deutsche Piloten bei einem vom US-Präsidenten erteilten Angriffsbefehl die Atombomben zum Einsatz fliegen sollen. Das verletzt den Atomwaffensperrvertrag, der deutschem Militär den Einsatz der Atombombe untersagt.

3. Auch das deutsche **Soldatengesetz**, genannt die Taschenkarte, verbietet den Soldaten, am Einsatz von Atomwaffen mitzuwirken.
4. Im **Zwei-plus-Vier-Vertrag 1991** zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und den beiden deutschen Staaten wurde der Verzicht Deutschlands auf Atomwaffen sowie auf die Verfügungsgewalt darüber bekräftigt. Auch dieser Vertrag wird durch die Bomben in Büchel und die Einsatzverpflichtungen der Bundeswehrpiloten gebrochen.
5. In dem von den Vereinten Nationen in Auftrag gegebenen **Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes** in Den Haag kamen die Richter am **8. Juli 1996** einstimmig zu dem Urteil, dass der Einsatz von Atomwaffen wie auch die bloße Androhung des Einsatzes alle Bestimmungen des internationalen humanitären Völkerrechts verletzen und grundsätzlich illegal sind. Ihre Wirkung trifft in grenzenlosem Ausmaß die Zivilbevölkerung, auch die der am Konflikt nicht beteiligten Nachbarstaaten. Sie schädigen auch nachfolgende Generationen und machen ganze Regionen auf Dauer unbewohnbar.
6. Überdies hat der Gerichtshof die völkerrechtliche Verpflichtung zur Realisierung **vollständiger atomarer Abrüstung** festgehalten, der nach der Neuausrichtung der Nato zur Option auf begrenzte Atomkriege kein Staat bisher nachgekommen ist.
7. In den humanitären Bestimmungen der **Genfer Konventionen von 1949** und deren **Zusatzprotokoll von 1977** wurde die Verwendung besonders grausamer Waffen verboten. Atomwaffen sind wegen ihrer entsetzlichen Wirkungen als besonders grausam anzusehen. Zudem verbietet das Völkerrecht Kriegseinsätze gegen zivile Ziele, was aber bei den weit streuenden und anhaltenden Wirkungen von Atombomben nicht vermieden werden kann.
8. Unter der CDU-FDP-Koalition fasste der **Bundestag am 26. März 2010** einen Beschluss, der die Bundesregierung aufforderte, von den USA den **vollständigen Abzug** der Büchel-Bomben zu verlangen. Der Beschluss wird von der nachfolgenden Regierung der CDU-SPD-Koalition übergangen; die Modernisierung der Waffen auf zielgesteuerte Lenkbarkeit hin wird nicht kritisiert. Im Gegenteil: Die Infrastruktur im Standort Büchel

- wird für die Anwendbarkeit der neuen Waffen ausgebaut; die deutschen Piloten werden in den USA trainiert.
9. Nach der Gründung der „Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen“ (ICAN) am **30. April 2007** in Wien fanden verschiedene Vorverhandlungen zur Erreichung dieses Ziels statt. Im Mai 2016 trafen sich in Genf die Nicht-Atomwaffenstaaten, um über erforderliche rechtliche Schritte zur Atomwaffenabrüstung zu beraten. Die Atomwaffenbesitzenden Staaten boykottierten das Treffen. **Deutschland** und andere mit den USA alliierten Länder verteidigten die Atombombe und sprachen sich **gegen ein Verbot** aus!
 10. Am **7. Juli 2017** stimmten 122 Nicht-Atomwaffen-Staaten in den UN für ein **generelles Verbot von Atomwaffen**. Mit der Unterzeichnung des Vertrages in der Generalversammlung der UN in New York im **September 2017** ist der Vertrag völkerrechtlich **verbindlich** geworden. Verboten werden der Einsatz und die Androhung eines Einsatzes von Atomwaffen, ebenso wie Entwicklung, Erprobung, Herstellung, Besitz, Erwerb, Transfer sowie die Stationierung auf eigenem wie fremden Territorium.
 11. Das heißt, die Stationierung der US-Atombomben in Büchel **widerspricht nun dem geltenden Völkerrecht**. Auch die „Nukleare Teilhabe“ und die nukleare Abschreckungspolitik sind mit dem Völkerrecht nicht länger vereinbar.
 12. Die USA hatten im Vorfeld der Verhandlungen massiven Druck auf die Nato-Staaten ausgeübt, die den Beratungen und der Beschlussfassung fernbleiben sollten. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich dem Druck gebeugt und sich **erstmalig in ihrer Geschichte** nicht an multinationalen Abrüstungsbemühungen beteiligt.
- Dies ist ein Präzedenzfall: Er stellt die Abkehr von grundlegenden Prinzipien der bisherigen deutschen Außenpolitik dar.**
- Die Bundesrepublik Deutschland, die sich als Rechtsstaat begreift und von ihren Bürgerinnen und
-
- [...] die Stationierung der US-Atombomben in Büchel widerspricht [...] dem geltenden Völkerrecht.*
-



Bürgern die Einhaltung von Recht und Gesetz verlangt, darf ihrerseits in ethischen Fragen und bei der Einhaltung eingegangener Verpflichtungen nicht gleich mehrfach internationale Bestimmungen brechen oder im Bundestag getroffene Beschlüsse stillschweigend einkassieren. Das diskreditiert ihre Glaubwürdigkeit und untergräbt die Rechtstreue ihrer Bevölkerung.

In Anbetracht der wachsenden Zahl von Atomwaffenstaaten, der bedrohlichen Entwicklung „handlicherer“ „Mini-Nukes“, der steigenden Kriegspropaganda und einer NATO- und US-Doktrin, die die Op-

tion auf den Ersteinsatz von Atomwaffen festgeschrieben hat, sind Bundesregierung und Bundestag aufgefordert, gemäß dem neuen Verbotsgesetz

- von den USA den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland zu verlangen,
- die Nukleare Teilhabe an NATO-Kriegen aufzukündigen,
- in der NATO auf einen grundsätzlichen Verzicht auf Atomwaffen hinzuarbeiten,
- dem o.g. Atomverbotsvertrag beizutreten.

Leonore Schröder, Tel.: 02367/8744
www.friedenskreis-castrop-rauxel.de

Rezension

Eberhard Ockel

*Wie kann Befreiungstheologie heute sinnvoll fortgeschrieben werden, wo sind ihre Orte, welche Gegenwartsfragen und welchen Herausforderungen muss sie sich stellen und wo könnte vielleicht ihre Zukunft liegen? Anders gefragt: Was macht eine Kirche der Armen angesichts von Globalisierung und Krise heute aus? Der Band enthält Beiträge internationaler Befreiungstheolog*innen: von Norbert Arntz, Dick Boer, Nancy Cardoso, Kuno Füssel, Philipp Geitzhaus, Andreas Hellgermann, Julia Lis, Alberto Moreira, Pilar Puertas, Michael Ramminger, José Guadalupe Sánchez, Katja Strobel, Fernando Torres und Evaristo Villar.*

*Philipp Geitzhaus/Julia Lis/
Michael Ramminger (Hg.): Auf den
Spuren einer Kirche der Armen:
Zukunft und Orte befreienden
Christentums*

Unter Geleitworten von Walter Benjamin und Fernando Castillo beginnt das Buch, das sich mit der aktuellen Situation der Befreiungstheologie beschäftigt. Wie die Einleitung betont, sammeln die Texte Perspektiven, wie Befreiungstheologie heute sinnvoll fortgeschrieben werden kann (7). Sie scheint sowohl politisch als auch theologisch widerständig, obwohl geographisch, politisch und theologisch ganz unterschiedliche Kontexte wirksam sind.



Die Beiträge sind unter drei Teilen eingeordnet:

Teil I trägt den Titel Zur Entstehung der Befreiungstheologie, Teil II Kirchen, Kapitalismus und Globalisierung, und Teil III Annäherungen: Symbolische und politische Praxis befreienden Christentums

Michael Ramminger beschreibt die weltweite Entwicklung, der sich befreiendes Christentum ausgesetzt sieht.

Beispiele für Theologie der Befreiung finden sich in Mexiko, anfangs durch die Ortskirchen und einzelne

*Philipp Geitzhaus/
Julia Lis/Michael
Ramminger (Hg.):
Auf den Spuren
einer Kirche der
Armen: Zukunft
und Orte befreienden
Christentums,
Münster: Edition
ITP-Kompass,
Bd. 20, kart. 250
Seiten, ISBN 978-
3-9816982-3-7,
25 Euro*

Bischöfe der Bischofskonferenz unterstützt (21ff), in Kolumbien, wo sich vielfältige Spuren der Befreiungstheologie auffinden lassen (37ff), in Münster, wo mithilfe von Protesten und pressewirksamen Kontakten auf die Lage der Befreiungstheologie in Lateinamerika und auf die Apartheid in Südafrika und USA hinge-

ermordung und die Botschaften von Papst Franziskus als Kampagnen gegen den Finanz-Götzendienst begriffen werden (81ff).

Der zweite Teil stellt die Frage, wohin Religion heute tendiert. Andere soziale Instanzen übernehmen die Rolle religiöser Institutionen (95). Genannt werden die Medien, die Erlebnisgesellschaft, Pfingstler, religiöser Pluralismus/Patchwork-Religion. In dieser Vielfalt muss sich der Glaubende neu orientieren und für religiöses Handeln bewusst entscheiden.

Spannend sind die Überlegungen Benjamins, der den Kapitalismus als Religion deutet. Wesentliche Aspekte sind der Kult, seine ununterbrochene Geltung und absolute Besitznahme des Menschen, der sich auf ihn einlässt. Die überspitzte Folgerung formuliert Papst Franziskus: diese Wirtschaft tötet (121).

Die an Benjamin orientierten Überlegungen von Füssel führt Ramminger mit Blick auf die katholische Kirche weiter. Den Neoliberalismus haben sie durch externe Anlage- und Imageberatung voll verinnerlicht (127ff), ohne die wachsende Vertrauenskrise wahrzunehmen.

Von einer Annäherung zwischen Papst und sozialen Bewegungen - auf Einladung von Papst Fran-

ziskus - erzählt Geitzhaus (137ff). Er betont sie besondere pastorale Verantwortung von Kirche, Kräfte zu stärken, die bewusst dem neoliberalen Trend in Politik und Gesellschaft entgegenwirken.

Sieghafte Visionen mit Fußballmetaphorik lenken den Blick des Lesers auf den Tanz als aufwühlende, aufrührerische Mystik einer Köchin aus Bahia.

Und die strukturelle und staatlich sanktionierte Gewalt als ständige Motivation einer Hoffnung gegen alle Hoffnung (167ff), getragen vom weltweiten Entsetzen über Entführung und Mord von 43 Student*innen in Mexiko weckt Widerstand und öffentliche Solidarität.

Spaniens defizitäre Demokratie entlarvt eine unmissverständliche Analyse, in der die unheilige Allianz zwischen Katholischen Bischöfen und General Franco im Fokus steht.

Was feministische Befreiungstheologie leisten kann, wenn Frauen ihre Rolle reflektieren und solidarische Verbindungen eingehen, zeigt überzeugend Katja Strobel.

Am Beispiel Blockupy werden zwei Aspekte vorbildlich herausgearbeitet: die systematische Unterdrückung und Diffamierung der Bewegung durch die öffentlichen Medien und die Vogelstrauß-Politik der Kirche. Gerade Christen sind aufgerufen, die verhängnisvolle politische Macht der Geldhäuser mit ihrer Spaltung der Gesellschaft aufzubrechen; die Kirchen müssen reflektieren, was mit ihrem Geld geschieht.

Dirk Boer mahnt gegen die Bequemlichkeit christlichen Alltags und gegen mögliche Niederlagen, uns nicht von den Kirchen verträsten zu lassen, solange das Elend durch unsere Schuld allenthalben sichtbar wird.

Die Broschüre als Aufklärung (Standortbestimmung) zu bezeichnen, scheint mir übertrieben; aber ein Mutmachbuch, zumal alle Texte verständlich und lesbar übertragen werden, ist es für kritische Christen allemal! Es bestätigt den guten Ruf des Münsteraner ITP und dessen weltweiten Dunstkreis.

Rezension

Eberhard Ockel

Henrik Paulitz: Kriegsmacht Deutschland? Informationen und Handlungsempfehlungen zu brandgefährlichen „Internationalen Erwartungen an Deutschland“

Es ist eine erschreckende Lektüre. Hervorragend aufgemacht, kleinschrittig gegliedert und kreativ von Sibylle Reichel illustriert. Eine Plakette bescheinigt der Broschüre, für den Politikunterricht geeignet zu sein.

Gewissermaßen eingeführt wird das Buch von 33 Handlungsempfehlungen, die eigentlich alle einen Appell an den Leser beinhalten, sich seiner staatsbürgerlichen europäischen Verantwortung bewusst zu sein und entsprechend zu handeln.

Der Autor ist offensichtlich aufs äußerste besorgt um den Frieden in Europa und appelliert an bürgerschaftliches und europäisches Engagement.

Und er drängt auf einen konstruktiven politischen Diskurs ohne Polemik, Diffamierung und Polarisierung.



Der erste mehrteilige Blick gilt den Motiven, die heutigentags Kriege und bewaffnete Konflikte befeuern. Und ebenso überraschend wie erschreckend: Fast immer sind Wirtschaftsinteressen im Spiel.

Deutschland wird von außen gedrängt, seinen Verpflichtungen in der NATO nachzukommen. Dabei sind die Erwartungen anscheinend ausschließlich auf Rüstungsausgaben fixiert. So bedeutend wie durch

seine Wirtschaft, so die Argumentation, müsse Deutschland auch durch sein Militär werden.

Vor allem Multinationale Konzerne, Medienunternehmen und Finanzunternehmen, vertreten durch Chatham House (24) - The Royal Institute of International Affairs - tragen solche Forderungen beinahe warnend vor.

Regierungen - vor allem demokratisch verfasste wie Deutschland - sehen sich zunehmend unter erpresserischem Druck der global agierenden Konzerne, ihre Ressourcen zu sichern, damit sie nicht abwandern und ein Heer von Arbeitslosen hinterlassen. Vor allem der Parlamentsvorbehalt für Bundeswehreinätze erregt international Anstoß (30f). Für akute Blauhelmeinsätze der UN sei er kontraproduktiv.

Vor allem wird mehr finanzieller Einsatz erwartet/gefordert (38f).

Europa ist bereits unterwegs zu einer europäischen SSZ (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit) in der Verteidigungspolitik. Die Ziele sind noch schwammig und wenig konkret.

Es zeichnet sich jedoch ab: es wird eine Welt der Gewinner und Verlierer (46) geben, wenn die militäri-

schen und finanziellen Forderungen eingelöst werden. Und Kriegsentscheidungen werden zunehmend global getroffen, so Paulitz (52f).

Amerika verabschiedet sich - besonders unter Trump - von seiner Rolle als Weltpolizist, was den Druck auf Europa und damit auf Deutschland erhöht (58f).

Ökonomische Interessen und Zwänge der Großmächte wirken auf die skizzierte Entwicklung ein und lassen ein Umdenken in der Außenpolitik ratsam erscheinen (64f).

Mit Beispielen wie den Russlandsanktionen (66) und dem Öl-Embargo gegen den Irak (67) wird veranschaulicht, wie globale Wirtschaftsinteressen die Politik steuern, und auf den folgenden Seiten werden Vorschläge durchgespielt, wie Frieden bewahrt, Spaltung und Destabilisierung verhindert und solidarisch gegen

Henrik Paulitz: Kriegsmacht Deutschland? Informationen und Handlungsempfehlungen zu brandgefährlichen „Internationalen Erwartungen an Deutschland“; Seeheim-Jugendheim: Akademie Bergstraße 2018, DinA4 brosch., 102 Seiten, ISBN 978-3-981-8525167, 20 Euro

europäische Aufrüstungspläne vorgegangen werden kann.

Paulitz warnt vor gesellschaftlicher Spaltung, auch entsprechender Provokation (76ff) und ruft zu Friedenkonferenzen auf. Er sieht die Religionsgemeinschaften - wie auch Papst Franziskus - weltweit in der Pflicht (80).

Es bedarf stärkerer bürgerschaftlicher Vernetzung über Grenzen hinaus, um Negativklischees zu verhindern.

Hilferufe gegen die tendenzielle Kriegstreiberei werden als Musterbriefe in Deutsch und Englisch angeboten (86f).

Anmerkungen (90ff) und Register (95ff) beenden das Buch.

Das Buch verbindet Mutmachen mit deprimierendem Sachstandsbericht. Aber es klärt auf und argumentiert plausibel. Daher glaube auch ich, dass es eine gute Grundlage für einen aktuellen Politikunterricht in der Oberstufe bieten kann.



Termine und Hinweise

Ausstellungs- und Veranstaltungsreihe: „(M)ein Weg zum Frieden“

*RELIGIO - Westfälisches Museum für religiöse Kultur
Herrenstraße 1-2, 48291 Telgte*

Sonntag, 15. April 2018, 15 Uhr

Eröffnung der Ausstellung „(M)ein Weg zum Frieden“

In der Ausstellung portraitiert das Museum rund 35 Menschen aus dem Münsterland, die in ganz unterschiedlicher Weise ihren Weg zum Frieden gefunden haben oder sich für einen Weg zum Frieden engagieren. Es handelt sich dabei um Menschen aus verschiedenen Alters- und Sozialgruppen, die vielfältige Erfahrungen mit Frieden gemacht haben. Dort sind u.a. die pax christi-Mitglieder Siglind Willms und Veronika Hüning portraitiert sowie Winni Nachtwei.

Die Ausstellung ist bis zum 2. September zu sehen, Di - So, 11-17 Uhr; es werden auch Führungen angeboten. Mehr Informationen und Termine unter: www.museum-telgte.de

Dienstag, 24. April 2018, 18 Uhr

Vortrag: Stefan Querl: „Ein bisschen Frieden“?!

Erinnerungsarbeit im Spannungsfeld zwischen Polizei und Protest. Ein Werkstattbericht aus der Villa ten Hompel in Münster. Stefan Querl (pax christi-Mitglied) ist heute stellvertretender Leiter des Geschichtsortes Villa ten Hompel in Münster, der polizeihistorisch arbeitet und einschlägig forscht. Die einstigen Fronten zwischen Staat und Friedens- wie Anti-Atom-Bewegung wird Stefan Querl mit persönlichen Anmerkungen skizzieren, aber auch die alltägliche Arbeit der Erinnerungsstätte, die das NS-Regime in den Fokus nimmt, auf Wunsch näher zur Debatte stellen. Eintritt frei.

Dienstag, 5. Mai 2018, 18 Uhr

Vortrag: Winfried Nachtwei: „Die Friedensbewegung im Münsterland“

Eintritt frei.

28. April bis 2. September 2018

Ausstellung des Bistums Münster im LWL-Museum für Kunst und Kultur

Frieden. Wie im Himmel so auf Erden?

Das Bistum Münster blickt in einem eigenen Ausstellungsteil auf die Ideen des Friedens im Christentum von der Spätantike bis heute. Die kunst- und kulturhistorische Ausstellung beleuchtet den Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit. Gezeigt werden 100 hochrangige und internationale Leihgaben, unter anderem Kunstwerke des spätgotischen Bildhauers Veit Stoss, des Barockmalers Peter Paul Rubens, der Künstler der klassischen Moderne Karl Schmidt-Rottluff und Otto Pankok sowie Originaldokumente von Dietrich Bonhoeffer und der Weißen Rose. Die Schau gibt einen Einblick in die Geschichte des schmerzhaft aktuellen Themas und wirft die Frage auf, ob religiöse Werte zur Wahrung des Friedens heute beitragen können. Durch kindgerechte Illustrationen von Barbara Nascimbeni und ein eigenes Buch wird das Thema für junge Besucher und Familien zugänglich gemacht. Ein umfangreiches Vermittlungsangebot richtet sich daneben an Jugendliche und Erwachsene. Ein Audioguide wird angeboten.

Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr sowie jeden 2. Freitag im Monat und während des Katholikentages bis 22 Uhr

Mehr Informationen unter: www.friedensausstellung-muenster.de



Foto: Dina Sauer, Münster (2016)

Samstag, 28. April 2018, ab 12 Uhr
Prinzipalmarkt, Münster

„Frieden.Europa“

Eröffnungsfest zum Europäischen Kulturerbejahr mit Hansemahl der Kaufleute und Kopfhörer-Party Pax

Die Rathäuser von Münster und Osnabrück sind 2015 mit dem europäischen Kulturerbe Siegel ausgezeichnet worden. Die Europäischen Kulturerbestätten Münster und Osnabrück kommen im Europäischen Kulturerbejahr 2018 der Verpflichtung nach, dieses geschichtliche Erbe neu zu beleben und auch den nächsten Generationen zu vermitteln. So realisieren Münster und Osnabrück mit weiteren Partnern im Europäischen Kulturerbejahr 2018 eines der größten deutschen, vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz (DNK) ausgewählten und von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderten Projekte zum Leitthema „Europa: Erinnern und Aufbruch“.

Mehr Informationen unter: www.frieden-europa.de

Donnerstag, 3. Mai 2018, 20 Uhr
Forum St. Peter, 26121 Oldenburg, Peterstr. 22-26

Schnee von gestern oder Vision für morgen? Zum Weg der Gewaltfreiheit (Ahimsa) bei M. Gandhi.

Mit: Prof. Dr. George Pattery SJ, Neu Dehli, Indien.

George Pattery SJ ist Gandhi-Experte und hat vielfältige Lehr- und Praxiserfahrungen in Gewaltfreiheit und interreligiösem Dialog. Seine Dissertation war der Suche nach einem ganzheitlichen Weg befreiender Solidarität, ausgehend von den Erfahrungen Gandhis, gewidmet. Für ihn ist „Ahimsa“ ein neuer Weg, sich mit Menschen und der Welt zu verbinden sowie ein alternativer Weg, Macht auszuüben: „Ahimsa is a new way of relating with people and the world around, and it is a different way of exercising power. This, to my mind, constitutes the essence of spirituality for the evolving humankind.“

Musikalische Umrahmung: Ulla Schmidt (Klavier und Shrutibox)

Eine Kooperation mit dem FORUM St. Peter Oldenburg.

Freitag, 4. Mai, 18 Uhr - Samstag, 5. Mai 2018, 18 Uhr
Benediktinerinnenabtei Burg Dinklage, Burgallee 3, Dinklage
Tagesseminar mit Vortrag: Gewaltfreiheit – ein alternativer Weg der Machtausübung

Gemeinsam mit dem Internationalen Versöhnungsbund laden wir ein zum Tagesseminar mit dem Referenten P. George Pattery, SJ, Präsident der Jesuit Conference of South Asia/ Provincial of South Asia. Informationen zur Anmeldung und das Programm finden Sie auf unserer Webseite.

Es ist auch möglich, nur am Vortrag am Samstag teilzunehmen (Beginn um 9 Uhr).

Donnerstag, 24.5.2018, 20 Uhr
Forum St. Peter, 26121 Oldenburg, Peterstr. 22-26

Gewaltfreiheit in Palästina
Meine Erfahrungen als Beobachter für Menschenrechte

Mit: Dr. Reinhard J. Voß, Diemelstadt-Wethen

In den Konfliktfeldern in Israel-Palästina erfahren und beobachten wir seit Jahrzehnten die Eskalation von Gewalt. Im Sommer 2017 war Reinhard Voß als Menschenrechts-Beobachter des Weltkirchenrates in Bethlehem tätig: Checkpoint-Beobachtung, Dorfbesuche, Präsenz bei Schikanen und Hauszerstörungen, Kontakte für Leute in Not herstellen, zuhören und solidarische Präsenz zeigen – das gehörte zu seinen Aufgaben.

Eine Kooperation mit dem FORUM St. Peter Oldenburg.

Sonntag, 17. Juni 2018
Ökumenischer Kirchengarten OASE, Gronau, Dinkelstrasse
Eine Welt-Tag: SOLIDARITÄT - „Lass keinen draußen stehn“

Gruppen und Vereine gestalten zum diesjährigen Schwerpunktthema SOLIDARITÄT - „Lass keinen draußen stehn“, eine alte Holztür. Auch der pax christi Diözesanverband Münster gestaltet eine solche Tür. Die fertigen Türen werden am Eine Welt - Tag auf dem Gelände ausgestellt und sicherlich zur Diskussion und zum Austausch bzgl. des Themenschwerpunktes Anlass bieten.

Samstag, 7. Juli 2018
Mahnwache in Büchel

Abfahrt: 8 Uhr Recklinghausen, Wickingplatz; Rückkehr gegen 20 Uhr

Wir wollen mit Privatwagen fahren. Die Fahrtkosten werden umgelegt; pro Person etwa 10-20 Euro Anmeldung bis zum 23.06.2018 erbeten.

Anmeldeliste: Im Gasthaus, Heilige Geist Str. 7, Tel 02361 23273, oder per e-mail an: gertzjohannes54@googlemail.com

pax christi-Regionalgruppe Recklinghausen
 Heilige-Geist-Str. 7,45657 Recklinghausen

Freitag, 14. September 2018, 9.30 Uhr
Sportanlage Sentruper Höhe, Münster
2. Münsteraner Friedenslauf

Wir laden alle Schüler*innen in Münster zur Teilnahme ein. Unter dem Motto „Miteinander statt nebeneinander – gemeinsam in Vielfalt leben“ sammeln die Kinder und Jugendlichen mit jeder Runde Spenden für die Unterstützung der Friedensarbeit durch pax christi Münster und das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (forumZFD) im Nahen Osten und in Deutschland. Schirmherr des Friedenslaufs ist Oberbürgermeister Markus Lewe. Auch Zuschauer*innen sind herzlich Willkommen! Mehr Informationen unter www.run4peace.eu/muenster



Samstag, 17. November 2018
Kettelerhaus, Münster

Diözesanversammlung 2018

Wir laden herzlich ein zur diesjährigen Diözesanversammlung. Unter anderem wird hier ein neuer Vorstand gewählt. Die genaue Zeit und das Programm werden noch bekanntgegeben.

Friedensfreund*innen,

leiht der AG „Interreligiöser Dialog“ eure Aufmerksamkeit!

Wie haben uns darüber ausgetauscht, dass in Gemeinden und privaten Häusern Geflüchtete zu Weihnachten (Heiligabend/Festtage) eingeladen wurden.

Wir möchten diese vereinzelt Aktionen, von denen wir Kenntnis erhielten, ggfs. erweitern und wären euch dankbar, wenn ihr uns aus eurem Umfeld oder von euren eigenen Erfahrungen berichten könntet: Waren die Geflüchteten während der Weihnachtsfestzeit Gäste der

Familie? Besuchten sie mit den Gastgebern ggfs. einen Weihnachtsgottesdienst?

Ein Stimmungsbild einer solchen besonderen Aktion - auch vom Hörensagen - wäre schön.

Wir planen eine Zusammenfassung eurer Erfahrungen im dritten Heft 2018.

Eure
AG Interreligiöser Dialog



Aktuelle Termine und Veranstaltungstipps finden Sie auch auf unserer Webseite: www.muenster.paxchristi.de

Haben Sie einen spannenden Veranstaltungstipp für uns und unsere Mitglieder? Dann schicken Sie uns die Informationen gerne an muenster@paxchristi.de

KONTAKT



Bürozeiten/ Kontakt

Daniel Kim Hügel (Friedensreferent):
Dienstag und Mittwoch von 8.30-12.30
Uhr sowie Termine nach Vereinbarung,
Email: d.huegel@paxchristi.de

Karl-Heinz Lammerich (Sekretariat):
Montag 14.00-18.00 Uhr und
Mittwoch 11.00-15.00 Uhr (bis Ende August)

pax christi-Büro Münster
Schillerstraße 44a, 48155 Münster
Telefon: 0251-511420,
Email: muenster@paxchristi.de
Webseite: www.muenster.paxchristi.de

IMPRESSUM

Herausgeber: pax christi Diözesanverband Münster

Schillerstraße 44a, 48155 Münster, Telefon: 0251/511 420

E-Mail: muenster@paxchristi.de, Homepage: www.muenster.paxchristi.de

Bankverbindung: Darlehnskasse Münster

IBAN: GENODEM1DKM – DE40 4006 0265 0003 9626 00

Redaktionsmitglieder: Daniel Kim Hügel, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold, Eberhard Ockel

Lektorat: Christel Bußmann, Eberhard Ockel

Bilder: privat, pixabay (wenn nicht anders angegeben)

Druck: Kleyer-Druck, Münster-Roxel / Layout: Inga vom Rath

Wenn du dein Frühstück bereitest, denk an den Andern und vergiss nicht das Futter für die Tauben.

Wenn du in deine Kriege ziehst, denk an den Andern und vergiss jene nicht, die Frieden fordern.

Wenn du deine Wasserrechnung begleichst, denk an die Anderen, die ihr Wasser aus den Wolken saugen müssen.

Wenn du zu deinem Haus zurückkehrst, deinem Haus, denk an den Anderen und vergiss nicht das Volk in Zelten.

Wenn du schlafen willst und die Sterne zählst, denk an den Andern, der keinen Raum hat zum Schlafen.

Wenn du dich mit Wortspielen befreist, denk an den Anderen und denk an jene, die die Freiheit der Rede verloren.

Wenn du an die Andern in der Ferne denkst, denk an dich und sage: wäre ich doch eine Kerze im Dunkeln

Mahmoud Darwish

*bekannter arabischer Autor, politisch engagiert,
geb. 1941 in Al Barwa/ Palästinensische Gebiete,
gest. 2008 in Houston/Texas USA.*

Übersetzung: Hakam Abd al-Hadi